



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

546 (27.11.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-209665](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-209665)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Druckpreis: 1. Jahrgang 12 Mark, 6. 12. 18. 24. 30. 36. 42. 48. 54. 60. 66. 72. 78. 84. 90. 96. 102. 108. 114. 120. 126. 132. 138. 144. 150. 156. 162. 168. 174. 180. 186. 192. 198. 204. 210. 216. 222. 228. 234. 240. 246. 252. 258. 264. 270. 276. 282. 288. 294. 300. 306. 312. 318. 324. 330. 336. 342. 348. 354. 360. 366. 372. 378. 384. 390. 396. 402. 408. 414. 420. 426. 432. 438. 444. 450. 456. 462. 468. 474. 480. 486. 492. 498. 504. 510. 516. 522. 528. 534. 540. 546. 552. 558. 564. 570. 576. 582. 588. 594. 600. 606. 612. 618. 624. 630. 636. 642. 648. 654. 660. 666. 672. 678. 684. 690. 696. 702. 708. 714. 720. 726. 732. 738. 744. 750. 756. 762. 768. 774. 780. 786. 792. 798. 804. 810. 816. 822. 828. 834. 840. 846. 852. 858. 864. 870. 876. 882. 888. 894. 900. 906. 912. 918. 924. 930. 936. 942. 948. 954. 960. 966. 972. 978. 984. 990. 996. 1000. 1006. 1012. 1018. 1024. 1030. 1036. 1042. 1048. 1054. 1060. 1066. 1072. 1078. 1084. 1090. 1096. 1102. 1108. 1114. 1120. 1126. 1132. 1138. 1144. 1150. 1156. 1162. 1168. 1174. 1180. 1186. 1192. 1198. 1204. 1210. 1216. 1222. 1228. 1234. 1240. 1246. 1252. 1258. 1264. 1270. 1276. 1282. 1288. 1294. 1300. 1306. 1312. 1318. 1324. 1330. 1336. 1342. 1348. 1354. 1360. 1366. 1372. 1378. 1384. 1390. 1396. 1402. 1408. 1414. 1420. 1426. 1432. 1438. 1444. 1450. 1456. 1462. 1468. 1474. 1480. 1486. 1492. 1498. 1504. 1510. 1516. 1522. 1528. 1534. 1540. 1546. 1552. 1558. 1564. 1570. 1576. 1582. 1588. 1594. 1600. 1606. 1612. 1618. 1624. 1630. 1636. 1642. 1648. 1654. 1660. 1666. 1672. 1678. 1684. 1690. 1696. 1702. 1708. 1714. 1720. 1726. 1732. 1738. 1744. 1750. 1756. 1762. 1768. 1774. 1780. 1786. 1792. 1798. 1804. 1810. 1816. 1822. 1828. 1834. 1840. 1846. 1852. 1858. 1864. 1870. 1876. 1882. 1888. 1894. 1900. 1906. 1912. 1918. 1924. 1930. 1936. 1942. 1948. 1954. 1960. 1966. 1972. 1978. 1984. 1990. 1996. 2000.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung gegen eine spätere Kollisionszeit für allgemeine Anzeigen 0,50 Goldmark. Kleinanzeigen 1,00 Goldmark. Für Anzeigen von bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Adressen: Mannheimer Zeitung, Postfach 100, 6800 Mannheim. Telefon: 100. Telegramm: Mannh. Telegr. Nr. 7041, 7042, 7043, 7044, 7045. Telegrafischer Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich 52 Mal.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag - Modezeitung - Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Auf dem Wege zum Bürgerblock?

Alberts Mission schon gescheitert? Eine neue Kombination Jarres in Sicht

Berlin, 27. Nov. (Von unserm Berlin Büro.) Einstweilen laufen mancherlei Bemühungen um eine Regierungsbildung nebeneinander. Dr. Albert ist als „homo regius“ des Reichspräsidenten seine Bestrebungen fort, verhandelt, was an sich durchaus korrekt ist, nicht mit den Parteien als solchen, sondern mit einzelnen Männern und soll sich dabei u. a. auch an Südekum und Winnig gewandt und von Dr. Jarres, Graf König und nach einer Fraktionsführung des Zentrums auch von Brauns und Höffe Ablagen erhalten haben. Nebenher aber ist aus den bürgerlichen Parteien heraus dem Reichspräsidenten die Kandidatur Dr. Jarres vorgeschlagen worden, von der am Samstag noch niemand etwas halten wollte. Auf diese Kandidatur scheinen sich inzwischen die Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Zentrum, bayerische Volkspartei, Bauernbund und Deutsch-hannoverscher Verein zu haben. Von den Demokraten würden einige linksstehende Blätter eine Beteiligung an einer solchen Koalition ablehnen. Das scheint uns nach unserer Kenntnis der Stimmung in der demokratischen Fraktion doch nicht ganz sicher zu sein. Für die Demokraten hat vorläufig nur Herr Koch gesprochen. Kochs Anschauungen decken sich keineswegs mit den Auffassungen sehr maßgebender Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion. Auch Herr Koch hat übrigens ohne die Fraktion zu binden, wozu er ja auch gar nicht in der Lage war, erklärt, daß die Demokraten voraussichtlich eine neutrale Haltung einnehmen würden. Das Zentrum hat seine Beteiligung an dieser Kombination von einer Reihe von Bedingungen abhängig gemacht. Es hat verlangt, daß die Lösung der Krise sich auf verfassungsmäßigem Wege vollziehe. Der Verfall der Friedensvertrag soll nicht zerrissen werden, um die spärlichen Reste, die Deutschland hinein noch geblieben sind, auch noch preiszugeben. Die Rheinlandfrage müsse durch das Abkommen mit der Rumänien erledigt angesehen werden. Die „Völkische Ztg.“ behauptet, daß die Deutschnationalen in einer Sitzung, an der auch Dr. Jarres herbeigezogen Dr. Helfferich teilnahm, diese Bedingungen angenommen hätten. Alles in allem hat man den Eindruck, daß die Mission Albert zum Scheitern bestimmt ist, und daß die Kombination mit Jarres an der Spitze, die man, wenn man will, ja auch den bürgerlichen Block heißen kann, vorläufig mancherlei Aussichten hat.

müßten dann die bürgerlichen Parteien zusammen mit ihren Wählern auch die volle Verantwortung tragen. Dasselbe Blatt schreibt dann, daß die Angriffe der rechtsstehenden Presse, daß der Reichspräsident ausgerechnet Herrn Hergt nicht mit dem Auftrag zur Kabinettsbildung betraut hätte, ungerechtfertigt seien und verwahrt sich dagegen. „Social“ und bekannt ist, würde eine Kandidatur Hergts von den Mittelparteien nicht anerkannt und keine Mehrheit erhalten haben. Der Reichspräsident hätte durchaus nicht die Absicht, einem Mann, der einen Staatsstreich vollführen wollte, auch noch in den Sattel zu helfen.“ Auch von der Kombination Jarres meint der „Vorwärts“, daß er keine Mehrheit finden würde, solange nicht die Demokraten dabei sind.

Der Reichspräsident hat die Abgeordneten Scholz und Marg gestern nicht empfangen, aber er scheint sich dann eines anderen, wenn man will, eines besseren besonnen zu haben und wird im Laufe des Vormittags mit den Herren konferieren.

Noch eine Kombination: Marx - Stresemann
Der „Kölnischer“ will wissen, daß für den Fall des Nichtzustandekommens des Kabinetts Albert des Zentrums die Initiative zur Kabinettsbildung übernehmen würde. Es werde dabei an eine Kandidatur Marg gedacht, der angeblich zur Kabinettsbildung nur bereit sei, wenn er die Aufgabe Stresemanns erhält, das Reichsministerium in dieser Regierung zu übernehmen.

Die „Kölnische Zeitung“ gegen Jarres
Die „Kölnische Zeitung“ fragt nach dem Programm der Beamteneuerung und sagt dabei, es müsse am Rhein die stärksten Bedenken erregen, als zunächst der Name Jarres für die Nachfolge Stresemanns genannt wurde, denn ein so tüchtiger Verwaltungsmann Herr Jarres auch sei, man könne aber am Rhein zu genau den pessimistischsten Grundton seiner außenpolitischen Einseitigkeit in allen Parteien gebe es Persönlichkeiten, die ähnlich dächten wie Jarres. Wir brauchen aber, sagt die „K. Z.“, eine Regierung, die imstande ist, wirklich zu regieren und nicht bloß so lange zu vegetieren, bis einmal wieder eine parlamentarische Regierung möglich ist.

England und die deutsche Regierungskrise
Die „Standard“ erklärt, daß die Möglichkeit eines Kabinetts Alberts in Londoner politischen Kreisen nicht gern gesehen werde. „Es ist nicht die Möglichkeit einer Diktatur Social, da beide Persönlichkeiten nicht die Eigenschaften mitbrächten, die für die Führung Deutschlands gegenwärtig nötig seien. Von anderer Seite wird demgegenüber erklärt, daß diese Auffassung nicht der Auffassung des Londoner Ausschusses entspreche. Namentlich vermeiden die englischen Politiker jede Stellungnahme zu der Frage einer deutschen Diktatur. Das englische Interesse beschränkt sich darauf, daß Deutschland endlich eine Regierung bekommt, die über die notwendige Autorität im Innern verfügt und die auch nach außen hin verhandlungsfähig ist.“

Unterrichtsministerium und badische Lehrerschaft

Aus dem Ministerium des Kultus und Unterrichts geht uns folgende Zuschrift mit der Bitte um Abdruck zu: „Die Badische Schulzeitung hat am Tage des Erscheinens ihrer Nr. 45 in der Tagespresse Ausführungen veröffentlicht, die das (auch in Nr. 536 des „M. G. A.“ abgedruckte) Schlussstück eines Artikels über Beamtenabbau in derselben Nummer bilden. Diese Ausführungen bestehen teils aus sachlich falschen Behauptungen, teils aus gänzlich unbilligen Vorwürfen.“

Die Tore des Badischen Unterrichtsministeriums sind den Vertretern aller Gattungen der Lehrerschaft jederzeit weit geöffnet. Davon wird durch Einzelne, durch Deputationen und durch Vorstände von Lehrerorganisationen ausgiebiger Gebrauch gemacht; das Unterrichtsministerium dürfte eine der stärksten „Besuchsstellen“ unter den Ressorts der Staatsverwaltung sein. Wenn die Volksschullehrerschaft oder vielmehr derjenige Teil, der in den Reihen der Bad. Schulzeitung seine Vertretung sieht, dieses Verhalten der Beerdigung von Besprechungen als Zumutung einer „Wissensfrage“ auffaßt, so zeigt das von einer unverständlichen, beinahe schon krankhaften Empfindlichkeit.

Die Abbaufrage mit allen Kategorien der Lehrerschaft zu beraten, war selbstverständlich vorgesehen; mit den Vertretern der Philologen war diese Beratungen bereits im Fluß mit dem Bad. Lehrerverein sind sie vor einigen Tagen zwischen dem Abg. Hofmann und dem Minister persönlich in der freundschaftlichsten Form ohne jegliches Anzeichen einer Trübung des Verhältnisses zwischen Ministerium und Lehrerschaft vereinbart worden. Allerdings müssen einer solchen Beratung auf beiden Seiten bestimmte Formulierungen zugrunde liegen. Der jetzige Unterrichtsminister hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er in dem jenseits herankommenden über „schulische“ Fragen (abstrahierendes Beispiel: die Reichsschulkonferenz) eine Zeitfrist erblid, die er keinem Anfort unwillig fernzuhalten entschlossen ist. Er mag auch keinen Hehl daraus, daß er einen mechanischen Zwang zur Durchführung berufsbildender Organisationen an Allen und Jedem in der Verwaltungsarbeit nicht anerkennt und eine solche Forderung weder mit der Reichs- und Landesverfassung noch der Gewährung des Staatsaufwands überhaupt für verträglich hält. Solchen Ansprüchen auf eine illegale „Räteverwaltung“ wird der Minister sich unbedingt verschließen.

Zu dem Vorwurf, daß „von der Zentrale her jeder Impuls zu geistiger Erneuerung und beruflichem Aufschwung fehle“, möge sich die Bad. Schulzeitung daran erinnern lassen, was sie dazu beigetragen hat, um solche Impulse wirksam an die Lehrerschaft übermitteln zu lassen. Die vor einigen Monaten herausgekommene große Zeitschrift zur Lehrerfortbildung, die weit über die Grenzen des badischen Landes hinaus bei Schullehrern und Schülern Interesse und Anerkennung fand, wurde von der Schulzeitung in einem Artikel veröffentlicht, in dem fast ausschließlich eine positive und höchlich gelobte Kritik abgabte; und als der Minister kürzlich einer ähnlichen Initiative einen Erfolg zur Folge der deutschen Sprache in den Schulen hinausgab, der sogar im Ausland lebhaften Widerhall gefunden hat, wußte die Schulzeitung damit nichts besser anzufangen, als eine anonyme Einwendung abzuwerfen, die sie bis zu vöbelhalten persönlichen Verdächtigungen des Redaktionschefs verleitete!

Die Badische Schulzeitung wußte sich seit Langem gewaltig über das Maß von Empathie, das die Öffentlichkeit den in jener Zeitung vorherrschend gewordenen extremen Strömungen der Lehrerschaft entgegenbringt. Beinahe in allen deutschen Ländern herrscht heute Einigkeit darüber, daß die Unterrichtsverwaltungen den schwersten Stand haben, sich für die maßvollen und berechtigten Forderungen der Volksschullehrer erfolgreich einzusetzen, weil der lähmende Radikalismus gewisser Schichtgruppen den übrigen Volksschichten jede Anteilnahme am Schicksal der Lehrerschaft und des Schulwesens überhaupt zu verfehlen dringt. Die Unterrichtsverwaltungen werden trotzdem ihre Pflicht für Schule und Lehrerschaft erfüllen. Dank darf kein im öffentlichen Leben Zirkelender erwarten. Aber freilich die Tonart, auf welche die „Bad. Schulzeitung“ seit längerem gegenüber dem Unterrichtsminister sich eingestellt hat, findet mit ihr selber zu reden, nirgends in Deutschland ihresgleichen.“ Es kann nur leinweise als Entschädigung dafür dienen, daß der verantwortliche Leiter dieser Zeitschrift etwas weiltreudiger Theoretiker ist, der die reale Tragweite der publizistischen Auswüchse seines Organs wohl nicht immer richtig einschätzen vermag.“

Eine Erwiderung aus Lehrerkreisen

Zu diesem Konflikt zwischen Lehrerverein und Unterrichtsminister erhalten wir noch folgende Zuschrift: „An der Bad. Schulzeitung, dem Organ des Bad. Lehrervereins, hat dessen Obmann, der demokratische Abgeordnete Hofmann, einen Artikel veröffentlicht, der eine kurze Abrechnung mit der Schulzeitung des Bad. Unterrichtsministeriums darstellt (Wiedergegeben im Generalanzeiger Nr. 536 vom 21. 11.). Darin ist festgesetzt, daß alle die Lehre her seitens des Unterrichtsministeriums auch in den dringlichsten Schulfragen nichts geschehen ist, selbst in solchen, die keine finanziellen Anforderungen stellen. Außerdem besteht in Baden nicht wie anderwärts eine geordnete Wirkung der Lehrerschaft im Organismus und bei der Hebung der Schule. Erst am 30. Oktober hat der preussische Minister Boelz in einem Erlaß die im Brauen längst bestehenden Konferenzen der Lehrer näher umschrieben und erneut bestätigt. In Baden aber wird durch das demokratische Ministerium das Verlangen nach solchen Rechten als „Radikalismus“ und „Räteverwaltung“ verachtet.“

Der Unterrichtsminister hat sich in der obigen Zuschrift gegen den Obmann, seinen Parteigenossen, in schriftlicher Weise gewandt. Da er nichts Positives vorbringen kann, da er für das angegriffene Unterrichtsministerium so gar nichts in die Waagschale zu legen hat, wird die Sachlage mit um so heftigeren Vorwürfen, die sich zudem an die falsche Adresse richten, verschärft. Er meint, Beherrschung und Schulzeitung hätten der Schule ja auch keine Impulse gegeben; sie machten in einem nichtlebigen Radikalismus und vertrieben eine verfassungswidrige Räteverwaltung. Nun sind aber diese Schlagworte doch allzuleblich abgebraucht, um noch wirksam zu sein. Es sollen dafür hier einmal kurz einige Tatsachen festgestellt werden.

1. Der Bad. Lehrerverein hat — in einer eigenen Broschüre — dem Ministerium einen Schulgeheimrat mit Begründung und reichem Belegmaterial vorgelegt, was seit langem auf den Tisch gelegt. In diesem Geheimrat sind die angeblich „radikalen“ Forderungen der badischen Lehrerschaft, wie sie anderwärts (Preußen) zum Teil längst bestehen, eingearbeitet. In einer Besprechung mit Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, die i. J. in Mannheim stattfand, wurden von diesen Abgeordneten die

Ueber die Lage im Rheinland

erfährt das B. T. von unterrichteter Seite: In der Stadtverordnetenversammlung in Trier stellte der stellvertretende Bürgermeister Reichsamtweil Stöck die Vertrauensfrage, die bejaht wurde. Unmittelbar darauf hielt er eine programmatische Rede, in der er die Reichsregierung beschimpfte, die Separatisten nicht ohne Wohlwollen behandelte und die Franzosen lobte. (11) Abdamn folgte er, das Rheinland müsse sich auf sich selbst verlassen. Die Stadtverordneten erklärten hinterher, sie könnten ihm kein Vertrauen nicht entgegen. Wie auch aus Koblenz gemeldet wird, sollen dort ebenfalls ähnliche Entschlüsse gefaßt worden sein.

In Koblenz legte am Freitag der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Kolbenhauer seine Pläne, die auf die Bildung eines

Direktoriums für das Rheinland
Herausauslaufen, der interalliierten Rheinlandkommission vor. Die Pläne fanden indes nicht die Zustimmung der Kommission. Kolbenhauer habe lediglich Vorschlag für das Direktorium vorgelegt, während die Rheinlandkommission darin auch Wirtschaftsverwalter zu sehen wünsche. Inzwischen haben sich am gestrigen Montag die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten und die Bezirksvorstände der Partei und Gewerkschaften des besetzten Gebiets mit der Rheinlandfrage im Anschluß an ein Referat des Abgeordneten Werferich gegen eine Beteiligung an dem Direktorium, und wie der Vorwärts berichtet, allgemeine schwere Bedenken erhoben. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der die Beteiligung an diesem Ausschuss von der Beantwortung abhängig macht, die im allgemeinen dem geplanten Direktorium gemehrt werden sollen.

Verhandlungen über die Rheinische Emissionsbank
Wie Pariser Blätter melden, sollen in Bonn gestern neue Verhandlungen zwischen den französisch-belgischen Interessenten und deutschen Vertretern über die Gründung der Rheinischen Emissionsbank stattgefunden haben. Der Stand der Verhandlungen wird in Paris als günstig bezeichnet.

Für die Freilassung der Ruhrgefangenen
Nach einer halbamtlichen Mitteilung aus Düsseldorf hat sich eine Reihe charitativer Organisationen, darunter das Rote Kreuz, ferner der ruffische Delegat Icks und die im Ruhrgebiet tätigen internationalen Verbände für die Freilassung der Ruhrgefangenen vereinbart. Wie berichtet, ist nunmehr nach dem Industriellerabkommen mit der Freilassung einer Anzahl O-fangener zu rechnen.

Abmarsch der Reichswehr aus Eschen
Berlin, 27. Nov. (Von unserm Berlin Büro.) Wie im „Vorwärts“ mitteilt wird, soll am 27. November der Abtransport der in Eschen stehenden Reichswehr beginnen. Er soll bis zum 28. November durchgeführt sein. Nach derselben Quelle sind vom Militärkommando nun auch die beiden Regimentskommissare in Belgien und Chemnitz bis auf weiteres ihres Dienstes enthoben worden.

Bayern soll ein zweites Janina werden!

Französische Militärkontrolle in Bayern
Im Auftrag der französischen Regierung wird General Kollé die Militärkontrolle in Deutschland — wo es doch wahrlich nichts Militärisches mehr zu kontrollieren gibt — wieder aufnehmen. Wie mitgeteilt wird, ist geplant, vor allem in Bayern die Tätigkeit aufzunehmen in der offensichtlichsten Erwartung, daß bei entsprechendem rücksichtslosem Verfahren die durch Not und entloste Demütigungen zermürbte und reizbare Bevölkerung sich zu gewalttätigem Widerstand bringen lasse. Es sieht fest, daß sich eine Anzahl französischer Offiziere bereit erklärt hat, die mit der Prosozialen verbündeten Gefahren auf sich zu nehmen, um ein zweites Janina zu schaffen, wie es Frankreich als Vorwand für eine Strafexpedition wünscht und für seine weiteren politischen Ziele braucht.

Daß die französischen Provokationsoperas gerade auf Bayern gerichtet sind, geht aus der Erwägung hervor, daß in Bayern infolge der erkrankten nationalen Bewegung und ihrer Betätigung der beste Boden gegeben sei. Aus den gleichen Erwägungen hat, wie nach zuverlässigen Mitteilungen feststeht, Frankreich die Wiederaufnahme der an sich völlig wackeligen Kontrolltätigkeit mit Eifer betrieben und durchgeführt. Es müssen Wege gesucht werden, um den geplanten Provokationen in wirksamer Art zu begegnen, ohne daß die Franzosen ihre Absichten erreichen.

Dieser durch die Tel.-Annon verbreiteten Mitteilung fügt die „Mannheimer Zeitung“ noch folgendes hinzu: „Vor einiger Zeit hätten wir Gelegenheit, mit einem sehr bekannten Großindustriellen des Rheinlandes zu sprechen, und zwar unmittelbar nach dessen Rückkehr von einer Reise nach Paris, wo er u. a. auch mit einer Persönlichkeit aus der nächsten Umgebung Poincarés zusammengekommen war. Damals herrschte in Paris die Besorgnis, daß in Deutschland eine nationale Diktatur errichtet werden könnte. Der Vertrauensmann Poincarés brachte in einer Aussprache die Rede auch auf die Eventualität und erklärte mit Nachdruck, daß für einen solchen Fall der französische Aufmarsch gegen Deutschland bereits sei und fertig sei und daß als Hauptpunkt in diesem die Behauptung von München und Berlin eingezeichnet sei.“

Eine Warnung vor Torheiten

Die „Bayrische Staatszeitung“ schreibt zu der Wiederaufnahme der militärischen Kontrolle durch die Alliierten: Ueberdeutungen der den Kontrollkommissionen durch den Verfasser Vertrag eingeräumten Befugnisse zu verhindern oder ihnen entgegenzutreten, ist in erster Linie Sache der Reichsregierung. Wir können die bayerische Bevölkerung nur dringend mahnen, trotz ihrer gerechten Erbitterung über Frankreichs Gewalt- und Willkürpolitik alles zu vermeiden, was Poincaré eine Handhabe geben könnte, um zu Sanktionen zu greifen, und immer zu bedenken, daß die Folgen der Torheit Einzelner nur auf das Los der Gesamtheit drücken müßten.

Die Reparationskommission wird morgen (Mittwoch) nach nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, das deutsche Memorandum über die Finanzlage des Reiches prüfen, da der englische Vertreter Bradburn gestern nach London abgereist ist, um neue Instruktionen seiner Regierung zu dieser Frage einzuholen.

Zurückkehrungen zum Teil als selbstverständlich, zum Teil als äußerst notwendig anerkannt und Unterstützung versprochen. Das Schulgesetz ist längst als reformbedürftig allgemein empfunden worden. Aber im Unterrichtsministerium führt sich nichts.

2. Als ebenso reformbedürftig tenet man überall den Lehrplan der Volksschule, und diese Reform hätte keinen Flammgenosse. Der Zustand ist genügend gekennzeichnet durch die Tatsache, daß das Ministerium vor Jahren schon die Beurlaubung des Lehrplans dem Lehrer in weitem Umfang freigegeben mußte. Der badische Lehrplan hat dem Ministerium schon vor einigen Jahren einen Lehrplänenwurf mit reichem Material — ebenfalls in einer Broschüre gedruckt — völlig fertig auf den Tisch gelegt. Das Ministerium aber tat nichts. Im Frühjahr 1922 war künftige Minister Hummel im Landtag die Einlegung einer Reformkommission an Sie hat dann einmal getagt und nicht wieder. In dieser einzigen Sitzung waren die Vertreter des bad. Lehrplans dem einzigen unter den Erklärenden, die Regimentsvertreter eingeschlossen, die nicht mit leeren Händen, sondern mit ihrem fertigfertig vorbereiteten Entwurf kamen.

3. Wir haben in Baden ein Volksschullehrerbuch aus dem Jahre 1873! Es war damals schon eine schlechte Arbeit und ist inzwischen völlig veraltet. Vor einigen Jahren wurde es suspendiert, da es nicht mehr zu gebrauchen ist. Da aber das Ministerium kein neues Lehrbuch veröffentlichen wollte, wurde das alte auf dem 1922 von den Toten wiedererweckt und auf die Hälfte seines früheren Inhalts beschneiden neu in die Schule eingeführt. Der bad. Lehrplan hat dem Ministerium vor dreierlei Jahren den Entwurf eines Lehrbuchs völlig fertig auf den Tisch gelegt, konnte aber bis zum heutigen Tag nicht einmal eine Befähigung des Eintrags erhalten.

4. Der bad. Lehrplan hat auf einem Kosten, das das Ministerium sich dazu nicht imstande erwie, über das ganze Land hin Weiterbildungsstufen für seine Mitarbeiter eingeführt und dafür nachhafte Dosen zum Kauf. Von der bad. Schulzeitung unter Leitung ihres im ganzen Lande hochangesehenen Leiters Herrmann, an den Herr Minister wegen der Freimitteltätigkeit der Kritik einen Brief besonders schlecht zu schreiben lie, ging in den letzten Tagen eine Weile im Generalrat der Schulverwaltung ein. Der Minister aber front was für Tempeln von uns ausgesprochen seien! Die badische Scherschicht darf ihre Arbeiten aus den letzten Jahren leben lassen!

Und die magere Regeneranz des Ministeriums. Der Herr Minister verweist auf die Denkschrift über die Beherrschung, Grund und Stolz hat darin keiner. Sondern die Beherrschung von Sachverwaltern zu Gesicht kommen, lauten die Beschlüsse. Das Ministerium hat eine Generaldenkschrift von der erziehungsministerlichen Kommission des Deutschen Lehrervereins vor der die nachhafte Dosen des Deutschen Unterrichtsministeriums so ziemlich reiflos. Außerdem verweist der Minister auf seinen Erlaß zur Beseitigung der heutigen Sprache, der zwar im Ausland lebenden Widerhall gefunden hat. Nun, wir kennen ja diesen Widerhall aus der Tischbesprechung nach dem Gede in der 'Karlsruher Zeitung'. Aber in der Tischbesprechung kennt man wahrscheinlich das Badische Volksschullehrerbuch, für dessen Unfähigkeit der Herr Minister verantwortlich ist. Das ist alles, was das Ministerium seinem Herrn in Rechnung setzen kann. Und das ist der 'Radikalismus' des bad. Lehrplans. Herr Schulbach meint ein wenig sentimental: 'Dank darf keiner im öffentlichen Leben wirkende erwarten'. Ja, wenn wir nur wüßten, wofür wir dem badischen Unterrichtsministerium danken sollten!

Verlassen wir doch nie die Tatsache, daß Baden mit einem Schulwesen ein in Deutschland an der Spitze marschierte und als Musterland galt, daß es heute, zunehmend in den letzten fünf Jahren, aber auch in der Schulentwicklung gerückt ist. Wir Lehrer müßten jene Linie von ehemals verlassen. Das ist unser 'Radikalismus'. Als die einseitige Bahn verlassen wurde, ging die Beherrschung verdrängt zum Stillstand und wurde durch Jahrzehnte keine kreuzliche Garde. Daher wurden wir so unbehelligt. Nun aber wird der Beherrschung die Wunden aufzuheben, nun da sie von der demokratischen Unterrichtsverwaltung die Einleitung aller Vorschläge fordert, bezüglich der demokratischen Unterrichtsminister des badischen Ministeriums. Nun, dieser Dank ist mindestens durch Kurzsichtigkeit verbunden: möge es wenigstens anders werden! Die demokratische Partei hat bei Jahren die Unterrichtsminister gefordert und ist darum am heutigen Zustand der bad. Schule in erster Reihe verantwortlich.

Das Unterrichtsministerium aber sei nachdrücklich daran erinnert, daß Herr Hummel, der Antisozialist des Herrn Schulbach, seiner Zeit das Wort vom 'Geschäftsbürokrat' des Unterrichtsministeriums sprach, und daß selbst dem auch zur Reform des Ministeriums nichts gesehen ist. Sollte nicht der Beamtenabbau hier beginnen?

Und die Beamtenabteilung hat daran erinnert, daß wir Beamte leht mit dem Beamtenabbau ernten, was die politische Wirklichkeit. Abseht der letzten Jahre geht hat wir stehen nicht im Anstand, wenn das deutsche Volk allerdings seiner Schule überdrüssig ist. So, damit!

Dr. Ernst Kriek

Die Separatisten in der Pfalz

Der französische Bezirksdelegierte von Ludwigshafen hat den Stadtrat Ludwigshafen ein Ultimatum gestellt, sich dahin zu äußern, ob der Stadtrat die separatistische Regierung anerkennt. Der Stadtrat ist daraufhin am Sonntagabend zu einer Sitzung zusammengetreten. Die separatistische Regierung wurde einstimmig abgelehnt.

Der französische Bezirksdelegierte für die Pfalz, General de Metz, hat folgende Erklärung erlassen:

Am Interesse der öffentlichen Ordnung werden die Rassen der Stadt- und Landgemeinden geschlossen. Keine deutsche Behörde, deren Anweisungen und Aufrufe nicht vom Delegierten genehmigt sind, kann darüber verfügen.

Nach einer weiteren französischen Verfügung dürfen die öffentlichen Gebäude nur durch die Beamten besetzt werden, deren Ernennung oder Entlassung der Rheinlandkommission mitgeteilt worden ist.

Verschiedentlich wurde beobachtet, wie die separatistischen Truppen mit den Franzosen kooperieren. Der Kommandeur der separatistischen Gendarmen ist ein gewisser Weiß als Kaiserleutnant, der früher Pfälzer Gendarm gewesen war, aber aus dem Gendarmendienst entlassen wurde. Der in verschiedenen Orten von der Behörde eingetragene Selbstschutz gegen die Separatisten ist von den Franzosen aufgelöst worden und die Selbstschutzleute wurden von französischen Militärgerichten zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Separatistenbesuch bei Rudolf Herzog

Nach der 'Ain. Sta.' drängen in das Haus des Dichters Rudolf Herzog bei Rheinbreitbach Sonderhändler ein, erbraten Zwiebels und Zwiebels, was ihnen in die Hände fiel. Der Dichter wurde mit vornehmlichem Respekt empfangen, sich einer Selbstverständlichkeit zu unterziehen.

Englands Druck auf Frankreich

Der Londoner Berichterstatter des 'Manchester Guardian' schreibt in einflussreichen Kreisen in London wurde anerkannt, daß der Beschluß der Völkerbundkommission, die Drohungen mit Strafmaßnahmen in der Note an Deutschland zu streichen, als persönliche Klump für Lord Curzon anzusehen sei, der durch eine starke Aktion im letzten Augenblick die französische Auffassungspolitik gegenüber Deutschland aufhalten habe. Durch die britische Drohung, die Vertreter aus der Reparationskommission und allen anderen alliierten Körperschaften zurückzugeben, wenn Frankreich weiter die britischen Ansichten unberücksichtigt lasse, sei in Frankreich eine tiefe Wirkung erzielt worden. Dem Mitarbeiter zufolge wird in London betont, daß die deutsche Regierung während der nächsten Wochen eine große Verantwortung habe. Jeder Vorkäufers... den Franzosen in die Hände.

Das Abkommen mit der Micum

Die nächsten Auswirkungen des Abkommens

Mit der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Ruhrindustrie und der 'Mission de controle des usines et des mines' (Micum) hat die Lage der besetzten Gebiete, soweit die wirtschaftliche Seite in Betracht kommt, wenigstens der Form nach eine Klärung erfahren. Praktisch kann die Arbeit auf den Zechen, Hüttenwerken usw. aus den verschiedensten Gründen höchstwahrscheinlich nur ganz allmählich wieder aufgenommen werden. Zunächst sind die Betriebe durch das lange Stillstehen nicht so in Ordnung, daß eine volle Wiederaufnahme der Arbeit möglich wäre. Ferner liegen die Verhältnisse, insbesondere der Güterverkehr, noch sehr im Argen, und man hat allen Grund zu der Annahme, daß eine wesentliche Besserung in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sein wird. Da die vorhandenen Kohlenlagermengen beschonigend bleiben, wird es bei den ungenügenden Abfuhrverhältnissen und den wenig günstigen Ausblicken nach dieser Richtung notwendig werden, getrennte Lager auf den Zechen einzurichten. Hieraus werden sich vielfach technische Schwierigkeiten ergeben, denn die Lagerverhältnisse und -Verhältnisse der einzelnen Zechen sind sehr verschieden. Man muß jedenfalls damit rechnen, daß die Wagnisse auf einzelne Zechen überhaupt nicht durchführbar ist. Man muß sich auch darüber klar sein, daß die finanziellen Belastungen aus diesem Abkommen ganz gewaltig sind und sich im einzelnen auch ganz verschieden auswirken werden. Aufgabe der nun beginnenden Einzelverhandlungen wird es sein, etwa bestehende besondere Härten, die eine volle Ausnutzung der Anlagen unmöglich machen, zu beseitigen. Hierzu gehört die Befreiung der Rohlensteuer für den Hausbrand, die für die Hausbrand-Verbraucher untragbar ist und die damit auch den Absatz der Hausbrandkohlen lebenden Zechen in Frage stellt. Wie wir wissen, hat die Micum in einem Falle die Steuer schon gänzlich niedergelassen, so daß man wohl auch auf weiteres Entgegenkommen in dieser speziellen Frage rechnen darf.

Jedenfalls sind die Voraussetzungen und Bedingungen der Wiederaufnahme der Arbeit sehr verschieden. Die sind am günstigsten bei jenen Zechen und Werken, die unmittelbar an den Wasserwegen, teilweise am Rhein, Rheine, Kanal, liegen, während andere, entlegener Betriebe erst mit dem Funktionieren des Güterverkehrs zur Arbeitsaufnahme kommen können. Immerhin wird die allgemeine Trostlosigkeit im Ruhrgebiet eine hoffnungsvollere Stimmung wohl machen und Hand in Hand damit dürfte die Ruhe im allgemeinen wieder zurückkehren. Die Kommissionen werden jedenfalls mit ihrer Aufzettelung nicht mehr so leichtes Spiel haben.

In dieses Rahmenabkommen werden sich nun auch die vorläufigen Vereinbarungen, die beispielsweise sowohl König und Rheinisch in Betracht kommen, bereits am 20. d. M. abgeschlossen sind, einfügen. Der genannten Gruppe ist die Rheinisch-Westfälische Industrie zugesprochen worden, so daß die aus dem Rahmenabkommen sich ergebenden Vorteile ohne weiteres auf sie übergehen, was beispielsweise bei der Rohlensteuer (ursprünglich 40 Proz.) der Fall ist.

Eine sonderbare Verhaftung

Gestern vormittag wurde der Verleger der Rheinisch-Westfälischen Zeitung in Essen, Dr. Reismann-Graue, von der Besatzungsbehörde verhaftet. Der Haftbefehl hängt mit dem von der Besatzungsbehörde in Düsseldorf verfügten Verbot der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zusammen, das sich auf Mitteilungen über die Industriebeziehungen bezieht. Die Verhaftung wurde auf Befehl erteilt, obwohl Reismann-Graue überhaupt keine Kenntnis von den betreffenden Mitteilungen hatte.

Belgische Sanktionen

Wie der Brüsseler Korrespondent des 'Lemps' meldet, hat ein Vertreter der belgischen Regierung in Talsburg rollendes Eisenbahnmateriale beschlagnahmt, das zur Befreiung an die deutsche Eisenbahnverwaltung in verschiedenen Fabriken der Stadt bereit stand. Die Besatzungsbehörde hat erklärt, daß die deutsche Regierung das Ultimatum in der Angelegenheit des belgischen Straß nicht befolgt habe, in dem man für die Zahlung einer Geldbuße von 1.250.000 Francen verlangt wurde. Das beschlagnahmte Material soll in Höhe dieser Summe liquidiert werden. Eine Million wird nach dem Korrespondenten die belgische Regierung dem roten Kreuz und 250.000 Francen der Familie des Getöteten zur Verfügung stellen.

Die kommunistischen Untriebe

Die durch das Verbot Sedes betroffenen Kommunisten suchen auf alle erdenkliche Weise zu bezuhen, wie 'unmöglich, sie in Mitleidenschaft ziehen und alle gegen sie erhobenen Vorwürfe und Beschuldigungen auf 'Ehre' und 'realistische Rache' beruhigen. Nun stellt aber sogar der 'Sozialdemokratische Parlamentarier' fest, daß die Ruffungen der kommunistischen Partei auch nach dem Zusammenbrechen des Hamburger Reiches fortgesetzt werden. Es heißt in dem Bericht:

Unendliche Mittel haben die Kommunisten in den letzten Monaten für Waffen- und Munitionsaufkäufe ausgegeben. Die bisher erreichte Zahl der gelieferten Waffen aller Gattungen dürfte 20.000 übersteigen. Am Freitag hat die Berliner Polizei wieder ein kommunistisches Waffenlager beschlagnahmt, nachdem sie tags zuvor u. a. auch vier Riflen Dumdum-Munition gefunden hätte. Generalstabarten und der notwendige Zubehör sind den Polizeibehörden nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Gegenden des Reiches in die Hände gefallen. Dazu kommt das unendliche Material über Anweisungen im Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung an die kommunistischen Unterorganisationen im Lande.

Im Reichsbereich und Schupo wird ein Handzettel mit der irreführenden Unterschrift 'Kommunistische Revolution in Reichsbereich und Schupo' verbreitet, für den der kommunistische Reichstagsabgeordnete Gelske verantwortlich gehalten. Es heißt darin:

Schupo! Reichswacht! Wofür soll ihr kämpfen? Für die Guno-Mark, das heißt für den Finanzschwindel und den Staatsbankrott!

Für die Währungsverwirrung, die die Kaufkraft der Mark ruiniert, um an der Not des Vaterlandes sich zu bereichern.

Für die Agrarier, die das Brot verteuern, die Landarbeiter hungern lassen und auch euch die Lebensmöglichkeiten nehmen.

Für den Stinnes, den die Not Deutschlands zum fünfzehnten Mann der Welt und euch zu den Ärmsten macht!

Schupo! Reichswacht! Wollt ihr weiter zu Henkerstreicheln nicht nur am Proletariat, sondern an euch selbst werden. Eure Brüder, die Arbeiter fragen euch!

Obt die richtige Antwort, kämpft mit uns gegen jene, die euch zugrunde richten!

In Schloffen und in Hamm beschlagnahmte Schriftstücke, sowie zahlreiche Handzettel beweisen, daß die kommunistische Partei mit allem Nachdruck versucht, ihre Ideen in der Reichsbereich zu verbreiten, was allein schon ihre Unterdrückung rechtfertigt.

Die R. P. D. nach dem Verbot

Die Zentrale der kommunistischen Partei hat beschlossen, die Partei trotz des Verbotes weiterbestehen zu lassen. Wie die bisherigen Funktionäre der Partei sind ihrer Posten enthoben. An die Stelle der Zentrale tritt ein Direktorium (Verwaltungsausschuss), das die Leitung der Partei übernimmt und den Sitz im Ausland verlegt. Die Kontrolle der Mitgliedschaft soll auf illegalem Wege durchgeführt werden. Verräter und Spione werden mit dem Tode bedroht.

Nach einer Mitteilung des Militärbesatzungsrates in Thüringen hat sich die Abhaltung einer Hausungung bei dem kommunistischen Abgeordneten Neubauer deshalb notwendig gemacht, weil Dr. Neubauer einen Vorschlag als Oberregierungsrat bei der politischen Abteilung des thüringischen Ministeriums des Innern dazu benutzt hat, eine geheime Anfrage der Landesparlamentarier betr. kommunistische Hunderttausenden vorzuleisten und veröffentlichten zu lassen. Bei der Hausungung wurde ein genauer Plan der Weimarer Kaserne der Landesparlamentarier gefunden, der alle Einzelheiten enthält, um die Kaserne in der Nacht zu übertrumpfen. Diesen Plan war eine Instruktion beigelegt, die den Gang des beschriebenen Heberfalls wörtlich genau regelt.

Aus der Vergangenheit Dr. Zeigners

Dr. Erich Zeigner, Staatsanwalt und dann Landgerichtsrat in Leipzig, besuchte sich im Laufe des Jahres 1923 zum Sozialismus und wurde, wie in dieser Folge, von der geistigen und politischen Erneuerung des deutschen Volkes fasziniert. Seine geistige Seite ist sehr speziell angegangen, schon am 1. Juli 1921 an Stelle Zeigners, der aus Reinheitsgründen sein Amt niedergelegt hatte, zum Justizminister ernannt. Aus Leipzig brachte er sich auch seinen ersten Gehilfen für sein schweres Amt, den dreimal durch die Prüfung gefallenen Gerichtspräsidenten Rabe, mit, teilte dieser, nach Zeigners eigenen Worten, eine gute Rats für die politische Gestaltung anderer hätte, ernannte diesen Mann zum Justizminister und ließ daraufhin zum Regierungsrat und fung an zu regieren. So fort ging es zur Säuberung und Demokratisierung des Justizministeriums über. Spitzel, Bekleidungsminister, Demagoguen brachen den meisten Beamten, die nicht ausblieben, das Rückgrat. Die neuen Männer waren nur Zeignersche Geistes; aus allen deutschen Gauen holte er sich seine Genossen, dafür hatte er eine gute Nase. Das Raffentreiben der aufrechten Beamten ging erst mit dem schäblichen Beamtenpflanzel an, das Zeigner als Ministerpräsident mit der Bestimmung durchdrückte, daß die Beamten ohne jede Begründung und zu jeder Zeit in den einwilligen Ruhestand versetzt werden könnten.

Als Dr. Zeigner sein Amt als Justizminister in Dresden antrat, war er das sogenannte unbedeutende Motiv, aber bald ging er mit einer solchen Begeisterung vor, daß selbst der gewiß nicht reichhaltige Innenminister Lipinski mehrmals dagegen energisch Front machte. Allerdings ohne jeden Erfolg. Mit höchstem Zorn mußte Dr. Zeigner seine besondere Aufmerksamkeit und sein geschäftiges Strahlen gerade dem Reichsamt, die mit den Hemmungen des Strafgesetzbuchs unangenehme Erfahrungen gemacht hatten. Um hier die Krone frei zu haben, nahm er die Amnestie- und Gnadenfache an aus den Händen der erfahrenen und zuverlässigen Beamten und erlegte sie fortan selbst. Ja, er richtete für seine Klienten besondere Schritte ein, die sich eines wachsenden Ansehens erfreuten. Seine Begnadigungsarbeit hatte ungeahnte Erfolge. In ungefähr einem Jahr sprach er über 18.000 Begnadigten aus, womit er sich bald in die Reihen der kommunistischen Heerführer und deren erklärter Liebling wurde. Hierin glaubte man auch den Grund für die fast krankhafte Begnadigungsarbeit Zeigners suchen zu müssen, zumal er immer unerschütterlich auch nach der politischen Wende in Sachsen stand. Doch er es verstand, Amt und persönliche Vorteile in dieser Weise zu verwalten, konnte niemand bezweifeln. Deshalb traf die erste Nachricht hiervon die politische Öffentlichkeit wie ein Donnerblitz.

Somit war aber das Urteil über die Persönlichkeit Dr. Zeigners längst gesprochen. In letzter Zeit nach seiner Ablegung, wurde dann noch zum Überflus bekannt, daß er seine Genossen an die Kommunisten und diese wiederum an jene verriet. Den Spieß erwiderte wohl seine völlig unqualifizierbare Handlungswiese dadurch, daß er die vertraulichen Vorgänge aus seiner Partei einem hiesigen 'Journalisten', der sich nicht gerade eines besonderen Rufes erfreut, unter einem Pseudonym verriet. Allerdings verriet dann dieser Journalist, als er in schwer persönliche Bedrängnis geriet, den Verriäter. — Man steht ganz unter dem Eindruck, daß es mit den bisher bekannt gewordenen Amtsverfälschungen nicht sein Bewenden haben werde.

Die Goldgehälter der Beamten

Deute beginnen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die Umstellung der Beamtengehälter auf Goldwährung. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß annehmlich der realen finanziellen Verhältnisse der Beamtenschaft nicht ihr früheres Goldvermögen gewahrt werden könne. Vielmehr müsse ein Entschädigungsfaktor in Anrechnung gebracht werden, der ähnlich wie bei den Löhnen der Staatsbediensteten etwa 30 Prozent betragen soll.

Die Ausgabe der Rentenmark

50 Millionen täglich

Aus Kreisen der Rentenbank wird mitgeteilt, daß die Ausgabe der Rentenmarktscheine bereits etwa 50 Millionen täglich beträgt und daß diese Beträge vorzugsweise der Landwirtschaft, dem Lebensmittel- und dem Rohlenhandel zugeführt werden sollen. Auch werden die Firmen, die sich verpflichten, die einjährige Rentenmark zu Lohnzahlungen zu verwenden, beim Umlauf von Papiermark in Rentenmark drückung. Man rechnet damit, daß bereits in 14 Tagen genügend Rentenmark im Umlauf sind, um den gesamten Zahlungsmittelbedarf zu befriedigen.

Badische Politik

Besprechungen mit Vertretern der Wirtschaft

Die Anwesenheit des Staatspräsidenten Dr. Brücker in Konstanz wurde zu einer Aussprache mit den Vertretern verschiedener Wirtschaftskreise und Berufsständen über politische und wirtschaftliche Fragen benutzt. In einflussreicher Rede sprach der Ministerpräsident über unsere Lage. Er war ein sehr deutliches Bild, das er zeichnete. Unsere Lage kann nach diesen Darlegungen kaum mehr ernstet werden als sie jetzt schon ist. Am einzelnen führte der Staatspräsident aus, daß die Gemeinden vor bedeutungsvollen Fragen gestellt werden. Die Staatspräsidenten jezt in allen öffentlichen Körperschaften ins Bewußtsein gedrückt werden. Die Gemeinden werden wie Reich und Länder durch ihre eigene Lage gezwungen sein, zu sparen. Wir müssen unsere ganze Verwaltung auf die einfachste Form zurückbringen. Der Staat mußte vor einigen Wochen die Lungenkrankenheiler schließen. Das ganze deutsche Steuerwesen wird von Grund aus umgestaltet werden. In seinen weiteren Darlegungen sprach der Staatspräsident über die Wohnungsfrage. Er warnt vor der Fortsetzung der Wohnungsnot, durch den die Häuser verrotten. Wir werden auch zu anderen Produktions- und Wirtschaftsmethoden kommen müssen. In der Außenpolitik ist unsere kühnste Sorge die Rheinlandfrage. Schon die nächsten Tage können folgenschwere Entscheidungen bringen. Der Staatspräsident schloß mit einer Mahnung zur Einigkeit.

In der Aussprache ergriffen mehrere Vertreter verschiedener Wirtschaftskreise und Berufsstände das Wort.

Letzte Meldungen

Wiedererscheinen der sozialistischen Zeitungen in Bayern

München, 27. Nov. Der Generalkommission hat das Erscheinen der sozialistischen Zeitungen in Bayern bedingt wieder freigegeben. Die Kreisregierungen sind ermächtigt, zu bestimmen, welche dieser Zeitungen wieder erscheinen dürfen.

Berlin, 27. Nov.

In seiner Wohnung wurden der Arbeiter Ernst Wendi, seine Ehefrau und deren verheiratete Tochter an erster Ehe in ihren Betten tot aufgefunden. In der Nähe lag tot ein Polizeiwachmann. Die Gasohne waren geöffnet. Es ist noch nicht aufgeklärt, ob es sich um ein Verbrechen oder einen gemeinsamen Selbstmord handelt.

Dortmund, 27. Nov.

Hier verhaltenen französische Armistatbeamte etwa 20.000 Personen, die der deutsch-französischen Ermannung angehören. Die Verhafteten werden nach Duisburg übergeführt.

Boston (Mass.), 26. Nov.

Hier hat sich ein schweres Verbrechen ereignet. Ungefähr 60 Personen sind in einen Klassen. Bisher wurden 6 Leichen geborgen. Von den Überlebenden haben viele schwere Brandwunden erlitten.

Die Kandidatenliste für die englischen Parlamentswahlen wurde gestern veröffentlicht. Die Zahl der unbesetzten Sitze beträgt 30, nämlich 35 Konservative, 11 Liberale, 3 Arbeiterpartei und 1 Unabhängiger.

Selbentwertungs-Einigungsämter

Von Rechtsanwalt Dr. Ernst Litz (Mannheim)

Unendlich viel ist schon am Problem der Selbentwertung, soweit die Rechtsordnung anreißt, herumgedreht worden. Die Fülle der Literatur zeigt in unerschöpflichem Maß die Größe der rechtlichen Erbschaften. Immerhin läßt sich feststellen, daß die Forderungen in der Rechtsprechung unerkennbar sind, daß insbesondere die brennende Forderung der Selbentwertung in der Praxis kaum irgendwo mehr anerkannt wird. Ueber das Recht, daß also Markt nicht gleich Markt ist, ist man sich allgemach ziemlich einig. Ueber das Postulat, was nun eigentlich der Markt sein sollte, ist generell überhaupt nicht, im Speziellen nur außerordentlich schwer zu entscheiden. Wenn sich die Parteien nicht auf einer mittleren Linie einig sind, so muß der Richter in einer Partei volla Recht und in der anderen volla Unrecht geben. Dieser liegt der große Widerspruch unserer Rechtsprechung. In allen Streitfällen, in denen es sich um das Problem der Selbentwertung handelt, liegen indessen die Dinge so, daß geradezu ein volla Recht und volla Unrecht bekommen darf. Jeder wird der Schuldner mit der Nominalsumme in Papiermarkt berechnen dürfen, daß damit das Schuldverhältnis erfüllt, nach Maß der Gläubiger mit Dollarkalkulation die volle Aufwertung beanspruchen dürfen. Einige Beispiele:

- 1. Gegen ein Darlehen von 50.000 Mark im 1910 eine Hypothek bestellt worden. Der Schuldner will 50.000 Papiermark zahlen, der Gläubiger etwa den Gegenwert von 12.000 amerikanischen Dollars haben.
2. In einem Borkontrakt hat ein Mann die Bestimmung getroffen, daß sein Sohn das Haus, der andere das Borkontrakt erhalten soll. (Haus und Borkontrakt waren damals gleichwertig; der Erbkäufer wollte offensichtlich die beiden Söhne gleichmäßig bedenken.)
3. Ein stiller Teilhaber hatte 1914 oder 1918 oder 1921 ein Kapital in eine Gesellschaft einbezahlt. Die stille Gesellschaft ist beendet. Trauer wegen der Höhe des rückzahlenden Kapitals.
4. Wie wird für die Auszahlung unter Witterben ein 1914 oder 1918 oder 1922 erhaltener Borkontrakt bewertet?

Die Beispiele lassen sich unendlich vermehren. Man sieht, daß es der wahre Gerechtheit widerspricht, wenn eine Partei völlig volla und die andere volla unterliegt. Und doch muß es bei ungleichen Gerichten dahin kommen, wenn Berechtigte scheitern und wenn die Gläubiger die Höhe der Aufwertung auch für sich nicht dem Ermessen des Gerichts überläßt. Was nun fehlt, dies ist der zivilprozessuale Anwaltsschutz. Ich teile die Gedanken, die generell dem zivilprozessualen Anwaltsschutz entgegenstehen. Im Besonderen beim Problem der Selbentwertung, möchten wir dahin kommen, wenn die Fülle der Schwierigkeiten nicht übermäßig schwer zu entscheiden werden sollen. Man sollte die Einigungsämter, die am besten die Angelegenheiten zu entscheiden sind, durch die Gerichte ersetzen. Die Amtsrichter als Schiedsmann hätte im speziellen Fall unser Verhältnis aller sachlichen und persönlichen Beziehungen zu prüfen, ob und in welchem Umfang die sogenannte Aufwertung Platz zu greifen hat. Ist z. B. bei der Hypothek der Eigentümer ausweislich der persönlichen Schuldner, der das Unternehmen in seinem Geschäft nicht mehr betreibt oder nur mit geringerem tatsächlicher Einfluß fortbesteht, so wird ziemlich starke Aufwertung angemessen sein. Dies wird nicht aufreihen, wenn erst vor Kurzem der Gläubiger einen billigen Preis für die Hypothek ermorren hat. War (in dem oben genannten Beispiel B) das Kapital in der stillen Gesellschaft der Gläubiger der Gesellschaft in der Lage, Beweismittel zu erbringen oder sich die Gläubiger ihres Borkontraktens ganz oder in erheblichem Maße zu erhalten, so wird die Aufwertung des rückzahlenden Kapitals ebenso sehr in der Höhe sein wie sie es nicht ist, wenn etwa kein Kapital zur Unterhaltung eines Bankkontoausweises verwendet worden wäre. Der Borkontrakt des Witterben (s. oben Beispiel 4) war ein bestimmter Teil des Vermögens des Erblassers. Er muß in dem Verhältnis zu dem anderen Teil des Vermögens stehen, daß er wieder jener Teil des Vermögens wird. Die Gläubiger dürfen nicht zu Gunsten der Aktionäre volla erprovoziert werden. Hier ist analog zu verfahren wie in dem Fall des stillen Teilhabers.

Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, die der Stille manchen Sachverhältnissen begegnen. Dies kann jedoch kein Grund sein, um die Dinge einfach treiben zu lassen. In weiten Kreisen unseres Volkes, namentlich in den Teilen des ebendort wohlhabenden Mittelstandes, der in ein hauptsächliches Opfer der Selbentwertung ist, glaubt man längst nicht mehr daran, daß wir ein Rechtsstaat sind. Der Rechtsstaat darf den vielmillionenfachen Schuldnerwucher nicht dulden, wo der frühere Staat gegen den Gläubigerwucher selbst dann einschritt, wenn er statt vielleicht fünfprozentiger Zinsen Jahreszinsen von 10 Prozent nahm. Schon die Mäße der Zinsen der Einigungsämter sind weitaus höher, weil sie die Parteien einer außerordentlichen Einigungsämter ausnützlich sein werden, während heute jede Partei noch hoffen kann, volla abzuschießen. Ob die Einigungsämter ein Verstecktes mit einem Rechtsmittel anerkannt werden darf, auch diese Frage kann hier zunächst unerörtert bleiben. Der Amtsrichter als Schiedsmann aber hat trotzdem und wegen der Schwierigkeit keiner Aufwertung ein juristisch und sozial schönes Betätigungsfeld, ähnlich dem römischen Praetor, der aus Cloacina das Recht adjuvandi, supplicandi und corrigendi causa fortbrachte und neues Recht schuf. Ich würde mir von den „Selbentwertungs-Einigungsämtern“ viel versprechen.

Besteht und wir; ob wir nun zugleich auch verachtet und mit Veracht erachtet sein wollen, ob wir zu allen anderen Verfüge auch die Ehre verlieren wollen, das wird noch immer von uns abhängen. Der Kampf mit den Waffen ist beschloffen; es erhebt sich die alte wie es wollen, der neue Kampf der Grundzüge, der Sitten, des Charakters. J. G. Fichta.

Städtische Nachrichten

Wie werden Steuerschulden abgerundet?

Mit dem 9. November 1923 ist die Abrundungsverordnung vom 21. Oktober 1923 in Kraft getreten, nach der folgende grundsätzliche Bestimmungen aufgestellt worden sind:

- I. Steuern und andere Belastungen, mit Zinsen, Kosten, Gebühren und Abgaben, sind am 1.
1. die in Geld ausgedrückten Beträge auf den nächsten, durch 10 Millionen \mathcal{M} teilbaren Papiermarkbetrag nach unten,
2. die in Papiermark ausgedrückten Beträge auf den nächsten, durch 10 Millionen \mathcal{M} teilbaren Papiermarkbetrag nach unten.
II. Der Abrundung unterliegen:
1. wenn Steuern in Teilbeiträgen angefordert werden, die einzelnen Teilbeiträge;
2. wenn Steuern und Steuerzuschläge in einer Summe zum Voll gestellt werden, der aus diesen beiden Beiträgen errechnete Gesamtbetrag.
3. bei der Beförderungssteuer der vom Betriebszwecknehmer zu entrichtende Gesamtbetrag.
4. bei der Gemeindefiskalsteuer auf Mehrfachvermögen und Mehrfachvermögen, sowie bei der Vermögenssteuer der von der Gesellschaft zu entrichtende Gesamtbetrag.
5. bei den Gebühren der Gemeindefiskalsteuer, der von einem Schuldner zu entrichten ist, die im Rechtsmittelverfahren zu erhebenden Zuschläge einschließlich der Abfindung nach § 202 W.D. werden wie Gebühren behandelt.

III. Die Finanzbehörde, die eine Steuer oder eine andere steuerrechtliche Geldleistung feststellt, hat von sich aus die Abrundung vorzunehmen. Ist dies unterblieben, so ist der zur Zahlung Verpflichtete berechtigt, diese Abrundung im Sinne dieser Verordnung von sich aus vorzunehmen.

Schwege sauber halten! Wer den Schweg nicht reinigen läßt, ist Schadenerschuldig bei Unfällen von Passanten!

IV. Durch obige Bestimmungen werden nicht berührt:
1. die Gefahrengeldleistungen und die Verordnungsbestimmungen über die Abrundung der Beträge, die der Berechnung der Steuern und der sonstigen steuerrechtlichen Geldleistungen zugrunde zu legen sind. Beispiel: Der Lohnsteuerbetrag beträgt bei einem Angehörigen in der Zeit vom 11.—17. November 1923 nach Abhebung der Ermäßigungsbeiträge nach § 46 Abs. 2 Ziffer 1—3 des Einkommensteuergesetzes 2,42 Milliarden \mathcal{M} . Dieser Betrag ist auf volle Milliarden, also auf 2 Milliarden \mathcal{M} nach unten abzurunden.
2. die Gefahrengeldleistungen und Verordnungsbestimmungen, die eine Abrundung von Steuerbeiträgen und von Beträgen sonstiger steuerrechtlicher Geldleistungen nach oben anordnen. Beispiel: Ein Wechsel über 130 Millionen Papiermark bei einer Laufzeit von 30 Tagen gibt bei 2 $\frac{1}{2}$ % eine Wechselsteuer von 2,6 Milliarden \mathcal{M} . Hier ist der Betrag, weil nur von Milliarden \mathcal{M} abzurunden, nach oben gehend auf 2 Milliarden \mathcal{M} aufzurunden.

Die Goldmark-Preisberechnung der Landwirtschaft

Die Badische Landwirtschaftskammer schreibt uns: In letzter Zeit gingen verschiedene Nachrichten durch die Zeitungen über Gerichtsverhandlungen gegen Landwirte, die als Vorläufer ihrer Organisation Goldmarkberechnung der Karaffeln zu einem der allgemeinen Preisliste angepaßten Goldmarkpreis empfohlen hatten. Während das Bundesgericht Karlsruhe in einem Fall zu einer Verurteilung kam, hat das Landgericht Mannheim ein freisprechendes Urteil gefällt. Diese Urteile liefern heute nicht beiprochen werden, es soll nur ganz allgemein hervorgehoben werden, daß der Landwirt selbstverständlich wie alle anderen Verkäufer notwendig zur Goldmarkberechnung übergehen mußte; diese Goldmarkberechnung ist heute allgemein, auch für den Kleinhandel anerkannt. Während aber z. B. alle Industriezweige über den Friedensgoldpreis hinausgegangen sind, haben sich die landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ausnahme der Schweinepreise unter dem Friedensgoldpreis (1) gehalten. Während der Landwirt für seinen eigenen Bedarf an Bodenwurzeln und Wurzeln, die den Friedensgoldpreis weit übersteigen, den Preis bezahlet, muß er auch heute noch fast alle seine Erzeugnisse noch unter dem Friedensgoldpreis absetzen. Die Landwirtschaft hat gerade auch wieder in den letzten Monaten durch große Zusammenhänge an die auflebenden Kreise bewiesen, daß sie ein Herz für die Not der Stadtbewohner hat. Sie kann aber, soll sie nicht selbst zugrunde gehen, nicht einseitig ihre Preise dauernd unter dem Friedensgoldpreis halten, wenn alle anderen Waren die Friedenspreise weit überschritten haben. Die Badische Landwirtschaftskammer hätte besser getan, diesen Artikel, der nur geeignet ist, die Gegensätze zwischen Stadt und Land zu verschärfen, nicht der Öffentlichkeit zu übergeben. Vor allem wird bei der häufigen Bedrohung die Behauptung eines allgemeinen Kopfschütteln hervorzurufen, daß sich bisher die landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ausnahme der Schweinepreise unter dem Friedensgoldpreis gehalten haben. Was verlangen denn die Landwirte heute für ein Ei und ein Pfund Butter? Sind das noch Friedenspreise? Was werden den Landwirten

in dieser Woche für das Liter Milch bezahlet? 16 Goldpfennige in Baden und 24 Goldpfennige in Hessen! Abwärtswirtschaften und Wollereien erhalten die üblichen Zuschläge. Dabei mühten die badischen Städte noch das Zugeständnis machen, daß die Milch nur in erheblichem Maß bezahlet wird. Man kann sich einen Begriff von den ungeheuren Unkosten, die den Städten alljährlich durch diese Forderung auferlegt wird, machen, wenn man hört, daß bei der höchsten Milchzentrale nur ein Drittel der Zahlungen durch die Milchhändler in werbefähigem Gelde erfolgt.

Es ist dem Vertreter der Landwirtschaft in der Sitzung, die gestern vor acht Tagen auf dem hiesigen Rathaus stattfand, dringlich aus Herz gelegt worden, dafür zu sorgen, daß die Landwirtschaft nicht auf den Preisabbau wartet, bis andere Len Anhang gemacht haben. Durch Artikel, wie den vorstehenden, wird u. U. das Gegenteil erreicht. Wenn die Landwirtschaft den Zuschlägen weichen muß, müssen sie noch in der Nacht befürchtet werden, daß sie mit ihrer Preispolitik auf dem rechten Wege sind. Alle einschlägigen Kreise werden damit einverstanden sein, daß der Landwirt für seine Produkte die Preise erhält, die seine Erzeugnisse gewährt, wenn die Stadtbewohner in urigistischen Interessen die Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes wünschen muß. Andererseits darf sie aber auch verlangen, daß die landwirtschaftlichen Produkte zu Preisen abgeben werden, die von der breiten Masse getragen werden können. Wir erkennen gern und dankbar an, daß die Landwirtschaft durch große Zusammenhänge in den letzten Monaten von neuem bewiesen hat, daß sie der in den Städten herrschenden großen Not nicht gefühllos gegenübersteht. Aber wenn wir diesen menschenfreundlichen Zug mit Genugtuung registrieren, so müssen wir andererseits sagen, daß die Badische Landwirtschaftskammer eine unglückliche Fehlschlüsse an den Tag legt, wenn sie diese Wohlwollensaktion in einem Artikel erörtert, in dem die Behauptung aufgestellt wird, daß die Landwirtschaft alle ihre Erzeugnisse heute noch unter dem Friedenspreis abgibt. Die Stadtbewohnerung kam — das muß bei dieser Gelegenheit mit aller Deutlichkeit gesagt werden — auf Blumen verzichten, wenn die landwirtschaftlichen Produkte zu angemessenen Preisen in ihre Hände gelangen. Davon aber kann bei den meisten Artikeln keine Rede sein.

Reiseindrücke

Zum Vortrag des Universitätsprofessors Dr. v. Schubert wird uns geschrieben:

Eine zahlreiche Zuhörerhaft hatte sich in den Konfirmanden-heimen der Christuskirche eingefunden, um den nicht unbekannt-berühmten Gelehrten zu hören. Was er bei, was mehr als Reiseindrücke vom ehemaligen Baltenland, von Finnland und Schweden. Man sah große Linien, historische Parallelen, zum Verständnis der Gegenwart, man merkte etwas von dem, was man ein der Geschichte nennt, und fühlte sich geföhrt und hindurchge-über das große Elend des Tages. In einzelnen noch manchem Hörer manches geschichtliche Faktum bekannt geworden ist, um so wirksamer war die persönliche Note, die der Vortrag in Form von einer Weise den Dingen zu geben verstand. Es hieß sich bei von den sachlichen Ausführungen der Vergleich mit der Sage, mit der von Polen und Litauen, wie einst im Zeitalter der Reformation, so auch heute Danzig und Posen, die Provinz Posen, dem Mutterland abgetrennt und damit der deutschen Kultur entfremdet werden sollen. Das aber das Deutschland im Osten auf dem Vollen ist, und kein geistiges Erbe zu verteidigen gewillt ist, bezog z. B. der Kampf um die Sabotage in Rußland, der freilich fürs erste mit einer Niederlage endete, da der nationale Gegensatz zwischen dem Deutschland und den Betten von der russischen Diplomatie ausgeht und es nicht die verfassungsmäßige Mehrheit bei der Volksabstimmung erreicht wurde. Die gleichen deutschen Brüder kämpfen in Dorpat auf ernanntem Posten! Das sie auch zu selbst und für die besten Güter zu sterben verstanden — es war gut, daß der Vortragende auf das Schriftliche hinwies: Schubert, Röttger im Gallienlande.

Erregend war zu vernehmen, daß trotz allem sowohl der bedäugte Osten, als insbesondere das geistesarme Finnland und Schweden an Deutschland glauben, um der inneren Gemüthsruhe willen. Sie dieses Glaubens würdig zu erweisen und das asiatische Erbe der Väter bewahrt zu pflegen, sei unsere große Aufgabe für die Gegenwart. Mit diesem ersten Apell fand die festlichen Darlegungen ihr Ende. Was ihnen ihr besonderes Gepräge gab, war der indirekt geführte Hinweis, daß im Chaos unserer Tage der Geist über den Waffern schwebt, der Geist innerster Zusammengehörigkeit all der vielen Millionen, die geschichtlich wurzeln im Kulturboden der Reformation. Darin auch die großartigen Bemühungen des lutherischen Bischofs Soderblom in Uppsala um Schaffung einer rein protestantischen, einer Einigung aller protestantischen Kirchen und Gemeindefestungen. Ob auch diesmal der Reiter von Norden kommt, wie einst Gustav Adolf im sechzehnten Jahrhundert, dessenfalls findet in der Gegenwart so etwas wie ein kulturelles Erwachen auf breiterem Grundlande statt.

Der Bemühungen des Bonner Professor Dr. Werners bedarf es kaum nicht. Auf der behaupteten Einigkeit von Denken und Sein — der alten Hypothese der Geistes — ist Kultur deswegen nicht möglich, weil Denken und Sein in dieser Welt immer mehr zu sammenfallen. Man versteht zwar die Wiederbelebungsvorhaben des Romanismus in unseren Tagen, aber kein Geringeres als A. Droys sagt über alle monistischen Bestrebungen einmal folgendes Urteil („Geschichte der Philosophie“ 9. Band, Seite 9): „So besteht das gemeinsame Band der Anhänger des Romanismus einseitigen nur in der Ablehnung des kirchlichen Dualismus, im Wollen an die ursprüngliche Güte des Menschens, an die alleinigmächtige Kraft der Schöpfung, die früher oder später infante sein werde, den Himmel

Beethovenabend der Volksmusikpflege

Das Sinfoniekonzert im Jubiläumsaal brachte drei ausnehmende Werke unseres großen Beethovens: die zweite Sinfonie in D-moll, das Violinkonzert mit Orchesterbegleitung in D-dur und zum Schluß die Egmont-Ouvertüre. Die Aufführung bot des Hörsicheren eine wahre Fülle. Die Sinfonie, 1803 zum ersten Male aufgeführt, ist dem Frühling geweiht und damit ist die natürliche Quelle und naturhafte Einstellung dieses ganzen Tonstückes geteilt, doch handelt es sich durchaus nicht um gegenständlich beherrschende Tonmalerei; alles ist hier leuchtend und charakteristischer als bei der ersten Sinfonie, die Worte sind reichlicher und gestaltungsvoller. Hier begegnen wir auch zum ersten Male der Gegenüberstellung einer so starken Gegenfläche (Frühling kämpft gegen Winter), die sich Schöpferischen Beethovens Wucht und Größe verleiht. So gab es da Dinge von ganz außerordentlicher Schönheit zu hören: in dem einleitenden Adagio molto-Sch das Requiem, das in seiner Schönheit zu einem geschlossenen, formträchtigen Tonbild ausblüht, in den aufwärtstenden Tonläufen, aus denen das Wehen rauber Frühlingstöne speist, in der Auslösung der blühenden Melodie in der Largo, das die Naturorgänge in der menschlichen Brust durchdringt, das Drängen und Treiben, das ein geheimnisvolles Sehnen in sich birgt, im Moll-Thema mit dem Sauser E-F-E in der Dode, das sich bei der Gegenüberstellung der beiden Trios im Rahmen des unermesslichen charakteristischen Schwebendes, der im Frühlingstönen der Menschen zum Tande drängt, in der klaren Glorification des „Allegro molto“ mit seinen überaus schönen und dem poetischen Heberana der Scherzstimmung in das schwerwiegend-trümmerische Mollthema, das aus den stillen Harmonien, aus den wirbelnden Tönen spricht und in der leuchtenden Tonfarben des Frühlinges sich bewegt. Nicht weniger schön war das Violinkonzert mit dem Entfesseln Hermanns Hiener, die hier bewundernswürdige Technik und ein solches hohe in allem Maße. Wärme und Ausdruck des Tones, wie die persönlich gehaltenen Partikulationen (Deklein Instrumente) die Stimmung nicht ließ, dürfte keine Schuld sein. Die starke Beschleunigung des Tempos im letzten Satz wohl zu Beginn des nicht sehr temperamentvoller „Allegro molto“ Beethovens unter dessen Schlag des Orchesters die Worte ausdehnt, aber ein wenig unperfekt wiederholt.

Einzelheiten (2. Satz der Sinfonie) übertragen den Durchschnitt. Am Schluß stand die Egmont-Ouvertüre. Die Einführung hatte Herr Eberts, der in eben diesen Worten des Gründers der Volksmusikpflege, des Oberbürgermeisters Moritz, gedachte. H. L.

Von den Einführungsworten, die Herr Karl Eberts dem Abend vorangehen ließ, geben wir wieder, was um des programmatischen Gehaltes willen in weiten Kreisen gehört zu werden verdient:

Hinter uns liegt ein volles Jahrzehnt Mannheimer Volksmusikpflege. 11 Jahre sind vergangen, daß Oberbürgermeister Paul Moritz den Ausschuf für Volksmusikpflege gründete, ihm die in der Volkshäuser für Musik ein Standortquartier schuf und die Volksmusikpflege ins Leben rief, um auf diese Weise ein Gegenstück zu schaffen zu dem monumentalen Bauwerk des freien Bundes, das Moritz mit Wagners zusammen auf dem Boden der bildenden Künste aufgerichtet hatte. Ein Volksmann, der er war, gründete er die Volksmusikpflege, stampfte er eine Organisation aus dem Boden, die in eifrigem Ausbau seine Ziele zum Besten aller verfolgen sollte. Wie ein Mann stand das Orchester auf seiner Seite, die Volksmusikpflege wurde reich ausgestattet und gedehrt heute, unermessliche Schätze bergend, neben der Münderer zu den reichhaltigsten öffentlichen Musikvereinen Deutschlands. So wurden damals, als man noch aus dem Boden schöpfen konnte, Schwermetalle gewonnen, wurden Ideale gemacht, deren Ausfüllung uns heute doppelt not- und doppelt wichtig Paul Moritz war es, der uns für die Substanz sorgte, an der die Mannheimer Volksmusikpflege noch heute stehen kann, heute in der Zeit der Verarmung, wo ihr Werten, wo ihre Arbeit nötiger ist denn je, wo es gilt die heiligsten Güter zu retten und zu bewahren, wo sich die Jahre der Volksmusikpflege Volkstheater scharen, deren Radius durch die Not, der Kriegsjahre gewaltig ausgezehrt wurde. Die Not zwingt Gemeinamkeit und gemeinsame Spellungen der Seele sind es, die die Stadt Mannheim heute noch in Paul Moritz Geiste in diesen unseren Konzerten bezieht.

Zu einer Jubiläumfeier war im Vorjahre, ist heute noch nicht die Stimmung vorhanden. Es wäre auch falsch und angebracht, heutzutage und festzufrieden medus zu wollen in einem Augenblick, wo wir mehr denn je am Ausbau der Volksmusikpflege im Sinne der Paul Moritz, Dr. Stern und Dr. Engel, die alle nicht mehr sind, zu arbeiten haben, wo uns hoffentlich nur noch wenige Wochen haugen trennen, daß die Volksmusikpflege aus dem dunklen Kellerloch in T. 2. 9 nach den höheren Rängen der Dragonerkolonne überheben soll, unsere Seelenstellungen für die Volksmusik noch in der Erweiterung begriffen sind, wo wir für unsere Beiträge und Veranstaltungen, so billig wir sie anbieten, sehr bitter um einen

Jubiläum zu eingen haben, um das Jubiläum, das die Zeit so bedürfnislos gemacht hat, daß jegliche Entschloßtheit erachtet zu sein scheint.

Und gerade darum dürfte dieses Jubiläum wenigstens kurz gedacht werden, darum darf heute ein Apell hinausgehen an alle, die uns nahe leben und die so dadurch, daß sie Empfänger unserer Gaben sind, auch ihre Erhalter werden müssen. Heraus aus der Leigarchie, rufen wir ihnen zu, begehrt euch nicht am Selbstgenügen, wecht und ruht auf, allüberall wo ihr hinkommt, auf daß das Wort Paul Moritz und seiner getreuen Helfer in ein zweites Jahrzehnt der Bilde und des Erfolges eintreten kann. Wir bemühen uns, unsere Note sauber zu halten, wer selbst sich noch, sie zu betreten?

Kunst und Wissenschaft

Der Hofkonzertabend — James Dellarto. Zunächst dieses: Als man die Ankündigung las, daß James Dellarto, die als berühmte Kantensängerin bekannt ist, Elektra sprechen wolle, traute man keinen Augenblick. Wie? — Sie, ein Kind der laufenden, heterischen Muse, und — Elektra, diese ganz auf wildestes Grauen gestellte Traagede! Das klingt paradox. Ueber Hofmannsthal's Umbildung des Iphigeneischen Dramas steht das Urteil wohl fest. Wir und wußt vermeiden sich frahnaturistische und mahlische Einflüsse eines überhöhten Gehirns mit dem Wohlkaut einer Wortkunst, die in dieser Dichtung Stellen mit einem Schein von Größe vorzutauschen verlehrt, der aber wirklich dramatischer Geist fehl. In Elektra treten wenig, aber mit einer bis zum Inneren durchdringenden Einseitigkeit darstellte Reizcharakter in die Erscheinung, und wenig klar und arch angelegte Charaktere werden zum Träger der Handlung. Die antike Tragödie selbst hat keinen grausameren, unerhittlicher wehrlichen Stoff behandelt, als das Rachebedürfnis der Tochter, die den Mord an ihrem Vater Raamemnon an der eisenen Mutter Klytemnestra abtut. Im Mittelpunkt steht Elektra von allem Reizlichem entblüht, von nichts als von ihrem Willen hat erfüllt. Ihr treten Ernteliebhaber, die in ihrer blühenden Jugend nach Freiheit verlangende Schwärmer, und die in seiner Kraft unter ihren Bewillensworten entartete Klytemnestra zur Seite. Drei überlebensgroße sinnvolle Frauencharaktere, hinter denen die für den Widerspruch der Handlung erforderlichen Männer als einblühendes Belwert verblühten. Das Drama endet mit der Rückkehr des Brubers Orest und mit der Ermordung der Klytemnestra und des Kretek. Selches der Inhalt. Damit ist einem Künstler eine Aufgabe zuweisen, die ihren besondern Reiz verleiht: Die herbe Größe und Konzentration dieses Textes wiederzugeben. Hier fehlte James Dellarto. Sie hat die historische, formenscharfe Kraft nicht aufgebracht und ihre Elektra entfaltete in uns nicht das Grauen einer Tochter, die nach dem Mord ihrer Eltern Mütter schaut. Dazu ist das Reizlich ihrer Streckkunst zu

auf Erben herbeizuführen, eine Ansicht, die mit ihrer intellektuellen Einstellung und mit ihrem Optimismus mehr dem aufklärerischen Geist des achtzehnten Jahrhunderts als der willkürlichen phantastischen Weltanschauung des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts entspricht und durch den Weltkrieg nachgerade ihre Unhaltbarkeit erwiesen haben dürfte." In der Tat, Vervenen und ihre Anhänger mögen bedenken, daß Kulturen und Kulturteile nicht von Denkern, sondern von Propheten ausgehen, sonst lebten wir heute noch in der Urzeit. Darum, ihr Deutschen, laßt, solange es Worts ist, das Theatergebäude und die vorhandenen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Unsere traditionelle Schillerbühne kann infolge dessen nur durch die Opfermütigkeit der Bürgerschaft erhalten werden. In erster Linie sind schon jetzt die Pläne für die nächste Spielzeit zu sichern. Außerdem ist ein Garantiefonds zu schaffen für den Fall, daß der Theaterbetrieb Neubeträge ergeben sollte. Bei der Abhängigkeit, die die Mannheimer Bürgerschaft immer an den Tag gelegt hat, wenn es geht, das Nationaltheater zu unterstützen und zu fördern, ist nicht daran zu zweifeln, daß dieser Appell, bei dem es sich um Sein oder Nichtsein unserer Schillerbühne handelt, nicht ungehört verhallt, vielmehr die Theaterfreunde zur läuten und erfolgreichen Verteidigung eines unserer wichtigsten heimischen Kulturgüter auf die Schanzen ruft. Dem Renomme unserer Stadt würde schwerer Schaden zuzufügen, wenn durch die deutsche Presse die schmerzliche Nachricht laufen müßte, daß das Mannheimer Nationaltheater geschlossen werde, weil die Opfermütigkeit der Bürgerschaft nicht in dem erwarteten Umfange eingeleitet habe. Soweit darf es nicht kommen. Wer in der Lage ist, zur Erhaltung des Nationaltheaters und seines anerkannt planernden Direktors beizutragen, bitte sich möglichst umgehend an den Wahrschein und gleiche einen Beitrag zum Garantiefonds!

Ruf zu Erhaltung des Nationaltheaters

Am Anzeigenteil dieser Nummer wird vom Oberbürgermeister und der Ränklerschaft des Nationaltheaters ein Aufruf an die Bevölkerung erteilt, in dem im Sinne der bisherigen Veröffentlichungen darauf hingewiesen wird, daß die Erhaltung infolge der ungeheuren Finanznot nur noch in der Lage ist, das Theatergebäude und die vorhandenen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Unsere traditionelle Schillerbühne kann infolge dessen nur durch die Opfermütigkeit der Bürgerschaft erhalten werden. In erster Linie sind schon jetzt die Pläne für die nächste Spielzeit zu sichern. Außerdem ist ein Garantiefonds zu schaffen für den Fall, daß der Theaterbetrieb Neubeträge ergeben sollte. Bei der Abhängigkeit, die die Mannheimer Bürgerschaft immer an den Tag gelegt hat, wenn es geht, das Nationaltheater zu unterstützen und zu fördern, ist nicht daran zu zweifeln, daß dieser Appell, bei dem es sich um Sein oder Nichtsein unserer Schillerbühne handelt, nicht ungehört verhallt, vielmehr die Theaterfreunde zur läuten und erfolgreichen Verteidigung eines unserer wichtigsten heimischen Kulturgüter auf die Schanzen ruft. Dem Renomme unserer Stadt würde schwerer Schaden zuzufügen, wenn durch die deutsche Presse die schmerzliche Nachricht laufen müßte, daß das Mannheimer Nationaltheater geschlossen werde, weil die Opfermütigkeit der Bürgerschaft nicht in dem erwarteten Umfange eingeleitet habe. Soweit darf es nicht kommen. Wer in der Lage ist, zur Erhaltung des Nationaltheaters und seines anerkannt planernden Direktors beizutragen, bitte sich möglichst umgehend an den Wahrschein und gleiche einen Beitrag zum Garantiefonds!

Biersteuererhöhung. Mit Wirkung vom 23. November ist die Biersteuer erneut erhöht worden. Mit der Erhöhung ist u. a. wieder eine Rodsteuerpflicht für Wälder und Waldflächen verbunden.

Sozial- und Kleinrentenversicherung. Die Rinderdollar- und die Berechnung der Unterzahlungen für die 1. Dezember-Hälfte für Sozial- und Kleinrenten auf Grund der Verordnung vom 14. August 1923 (R. G. Bl. I S. 794) zurunde zu legen ist, beträgt nach dem Stand vom 19. November 831 000 000 000.

Einführung des Passierscheines der Städte und Gemeinden. Nachdem die Zahlungsmittelnot im ganzen Lande als beseitigt gelten kann, ist vorzusehen, daß sämtliche von baulichen Städten oder Gemeinden ausgegebene Passierscheine sofort zur Einführung bis spätestens 15. Dezember 1923 aufzuerufen sind. Wegen der einfließenden Kassen sind auf die demnächstigen Bekanntmachungen der Kreisverwaltungen zu achten. Die Kassen der Reichsbank nehmen den Geld der Gemeinden nicht mehr an, so daß dieses einen Verkehrswert nicht mehr hat.

Wertverkaufsbeschluss bei den Postämtern. Wie wir mitteilen, hatte die Reichspostverwaltung beim Reichspostministerium den Antrag gestellt, den Wertverkauf von Wertgegenständen durch schriftliche Bestellung und Versteigerung in Schlichtschäffern oder Justizämtern durch Versteigerung von dem Schlichter oder Justizbeamten zu übernehmen. Das Ministerium hat jedoch auf dem Standpunkt, daß sich der Wertverkauf am einfachsten und schnellsten an den Schlichter abwickeln läßt, dabei aufstrebende Ämternungen in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Einläufe zahlreicher Firmen regelmäßig in bestimmten Stunden und zwar meist in solchen, in denen auch sonst ein heftiger Schalterverkehr herrscht, vorgenommen werden. Die Reichspostverwaltung hat deshalb die Bestimmung getroffen, daß solche Geschäfte, Banken usw. mit den Postämtern bestmöglichst Stunden für den Einkauf von Wertgegenständen vereinbaren können oder ihren Bedarf beim Postamt anmelden und ihn soäter am Schalter abholen. Außerdem ist die barometrische Begleitung zu empfehlen. Das Reichspostministerium teilt mit, daß von diesen Möglichkeiten bisher so gut wie kein Gebrauch gemacht wurde und daß es zur Erleichterung des Schalterverkehrs sich dementsprechend mit den Postämtern in Verbindung zu setzen.

Zur Aufhebung der Fleischsteuer für Hauswirtschaften schreibt die Badische Landwirtschaftskammer: Wie schon durch die Tageszeitungen bekannt geworden ist, hat die badische Regierung verfügt, daß die Fleischsteuer für Hauswirtschaften (35 G. für ein Schwein) vorläufig für eine Ubergangszeit bis zum 15. Februar 1924 nicht zur Erhebung gelangt. Die Verordnung gilt mit sofortiger Wirkung, d. h. vom 21. November 1923 ab. Die Fleischsteuer hingegen wird ab 1. November weitestgehend nach Goldmark erhoben. Es würde darum der Billigkeit entsprechen, daß bei den in der Zeit vom 1. bis einschließlich 20. November erfolgten Hauswirtschaften, für die die Steuer entrichtet wurde?

müßte, der bezahlte Betrag zurückverlangt wird. Da die amtliche Bekanntmachung über die vorläufige Aufhebung der Fleischsteuer für die Hauswirtschaften darüber nichts enthält, hat die Badische Landwirtschaftskammer bereits einen dahingehenden Antrag beim badischen Finanzministerium gestellt.

Herabsetzung der Fleischpreise. Wie das Badische Nachrichtenamt mitteilt, hat die Preisfestsetzungskommission der Mannheimer Fleischvermittlung in der gestrigen Sitzung, an der Vertreter des Bezirksamts, der Wasserpolizei, des Schlacht- und Viehhofs und des Preisprüfungsamtes teilgenommen haben, dank der gelassenen Weisheit der Richterpreise für Fleisch wesentlich herabgesetzt. Der Grundpreis für 1 Pfund Rindfleisch 1. Sorte betrug nunmehr 1,60 M. gegen bisher 2 M., für Rindfleisch 2. Sorte 1,40 M. gegen bisher 1,80 M., für Kalbfleisch 80 Pfg. gegen bisher 1 M., für Kalbfleisch 1.50 M. gegen bisher 2 M. Bezüglich des Schweinefleisches mußte mit Rücksicht auf die selbigen Schweinepreise eine kleine Preisverhöhung vorgenommen werden; 1 Pfund Schweinefleisch kostet nunmehr 2,20 M. gegen bisher 2 M. Da die Händler die Schweine auf dem gestrigen Viehmarkt nur gegen wertbeländiges Geld hergegeben haben, ist den Weingern erlaubt worden, das Schweinefleisch auch nur wertbeländig zu verkaufen. Es ist erfreulich, daß die Fleischpreise in dem Abbau der Preise fortgeschritten sind. Weitere Absätze sind zu erwarten, da die Verkäufer die Reizung zeigen, ihr Vieh zu billigeren Preisen abzugeben.

Die kath. Kirchengemeindeverehrung Mannheims sagte dieser Tage erstmals im kath. Jugendheim. Einleitend begrüßte der Stadtgartner W. K. die Vorstehenden zur Prälaten-Würde. In tiefempfundenen Worten dankte Prälat Bauer dem Kollegium für die Ehrung und noch mehr für die treue Unterstützung in verantwortungsvoller Arbeit. Er gab anschließend einen Überblick über die Ereignisse seit der letzten Sitzung. Mit hoher Befriedigung wurde der Erwerb eines Bauplatzes an der Kagarten, Burg- und Krampfschloßstraße für eine zweite Kirche in der Schweiningerstadt genehmigt. Heber Annahme der Entwürfe und Kirchenbauwerkstatt herabgesetzt. Sittungsrat h. h. n. Er betonte die sachgemäße die wichtigsten Folgen des herrschenden Währungsnotens. Der allgemeine Drama nach Wertbeländigkeit und die Pflicht, die Kirchenhöfe vor Entwertung möglichst zu schützen, gebieten energisch die Einziehung von Goldbills, wozu der Verwaltungsrat ermächtigt wurde, schon in nächster Zeit die Ausgabe von Scheinbills in nach Goldrechnung zu veranlassen. Nach einem Mißschick auf die Anstaltsw. bzw. Befolgsverhältnisse von Kirchenbediensteten und Kassenpersonal durch Prälat Bauer schloß die entsprechende verlaufene Sitzung.

Der alte Schmeißel hat unumwunden lauer gedauert. Ein mehrteiliges Schmeißelbadet in unserer Gegend zu den Seiten. Erst die Dämmern brachte ein Bildchen der intentionellen Täuschung von Frau Holle. Bei einem Abendessen konnte festgestellt werden, daß die alte Schmeißel Luft durch den Schmeißel bekommen angeht, daß man sich nach Hebelberg verkehrt fühlen konnte. Leider wird die Winterherbstzeit nicht allzu lange dauern. In der Nacht von Samstag auf Sonntag ein, aber heute morgen hat schon wieder ein neuer Schmeißel ein. Die Hausbesitzer haben infolgedessen die Pflicht, umgehend für die Reinigung des Schmeißels zu sorgen, damit wir nicht wie in früheren Jahren die Schmeißelsteine räumen müssen, die unter Umständen schwere Krankheiten im Gefolge haben können, da die Hausbesitzer lauberechtigten die Unfähigkeiten sind, die Personen vor den Häusern infolge mangelhafter Bekämpfung der Schmeißel erleben.

Wie soll man im Winter die Vögel füttern? Richtig im Schnee, das Futter geht am großen Teil verloren und wird naß. Man verberge in einem Gefäß ein Bretchen und auf dieses streue man Futter. Ist kein Gefäß in der Nähe, so stelle man das Bret anderswohin, aber man gebe acht auf Regen. Wenn man neben das Bret einige Reisler oder Dornen steck, so können die Vögel leicht entfliehen, wenn die Regen ihnen nachstellt. Als Futter reichen man nie Brot, welches schon gar nicht, wenn Brot naß wird, wird es sauer, die Vögel gehen daran zugrunde. Das beste, d. h. das zuträglichste Futter ist Hanfsamen, gedrohte Hafenerkörner, Küchereien, Sonnenblumen- oder Kürbiskerne usw.

Todesfall. Auf einer Dienstreife ist der Vorstand des Kartentubes erkrankt. Bauern, Bauert Johannes Schradt, plötzlich vom 34. Jahren erkrankt. Von dem Verstorbenen, der ein Alter von 84 Jahren erreichte, kommen jährliche Kirchengebühren in einer Reihe fast Gemeinden des Landes. Er erbaute u. a. die St. Bonifaziuskirche in Karlsruhe, die Plebtrautenkirche in Mannheim, die Dreifaltigkeitskirche in Offenburg. Eine große Anzahl von Kirchen wurde unter seiner Verwaltung und Leitung auch erweitert und restauriert. Bauert Schradt befand sich gerade auf einer Dienstreife im Rheinland, wo er kirchenbauliche Angelegenheiten in Durban, Brestalot, Duponau und Nantchen leitete, als er beim Verlassen des Autos in Offenburg von einem Hirschkopf ereilt wurde und alsbald verstarb.

Calamitätsbrand. Durch ein schabhaftes Feuer im Laden von Weber u. Duppenheimer in E. 2, 13 gerieten gestern Abend die Reste des Ladens und der Fußboden des 2. Stockes im Umfang von etwa 3 Quadratmetern in Brand. Das Feuer wurde durch die um halb 8 Uhr alarmierte Berufsfeuerwehr gelöscht. Der Schaden betrug etwa 500 Goldmark.

Kaminbrand. Infolge Gasgrubbildung entstand gestern mittig in U. 1, 1 ein Kaminbrand in Brand. Die Gefahr wurde durch die um 12.06 Uhr alarmierte Berufsfeuerwehr mit dem Kaminfehrtentzug beseitigt.

Literatur

Bildnatur Stefanjon: Länder der Zukunft. Fünf Jahre Reisen im höchsten Norden. Mit 119 Abbildungen und 3 Karten. 2 Bände. J. L. Brockhaus, Leipzig. Ein aufsehenerregender Titel: Länder der Zukunft. Der Verfasser will diese Zukunfts-Länder im Polargebiet, im Norden von Kanada, gefunden haben. In zwei Bänden entwirft er im Rahmen eines spannenden Reiseberichts, warum man die von ihm fünf Jahre lang bereisten Landstriche so hoffnungsvoll ansehen darf. Stefanjon ist Amerikaner, den Abenteuerlust auf die Bahn des Polarforschers trieb. 20 Jahre lang hat er im hohen Norden gelebt. Er entbehrte unter anderem die „Monden Skimos“ und auf seinen vielen Fahrten in Nacht und Eis entwickelte er eine ganz eigenartige Reismethode: Stefanjon lebt vom Lande. Er und seine Begleiter ernähren sich und Feldern von dem, was Land und Meer des Polargebietes gewähren. Er lebt genau wie die Skimos; mit dem angeborenen Geschick der Naturkinder verbindet er die tiefere Kenntnisse, die ihm die Wissenschaft in die Hand gibt. Die Erfolge sind ihm nicht leicht geworden, denn Schiffe, Leute und Ausrüstung gingen ihm wiederholt verloren. Stefanjon ist ein Mann von vielseitigen Interessen; er ist Forschungsreisender, Philosoph und Geschichtsschreiber. Den Reizen seines Buches werden nicht nur die Lesenden empfinden, die die Werke von Hannen u. a. gelesen haben, sondern auch alle, die von fremden Ländern, Völkern und Tieren hören wollen. Besonders hervorzuheben ist der reiche Bildschatz, der das Buch zu einem vollkommenen Geschenk macht.

J. W. Schatz: Katakli und ich. Mein Leben unter den Schwarzhaut-Indianern. (Ernst-Verlag G. m. b. H. Hamburg 26.) Die Geschichte einer roten Frau und eines weißen Mannes“ nennt der Verfasser seine Erinnerungen und stellt die seine, überaus anmutige Gestalt seiner kleinen roten Frau Katakli in den Mittelpunkt der ganzen Geschichte. Das gibt ihr einen besonderen Reiz und wird vor allem auch der Frauenwelt das Buch lieb und wert machen. Das Buch ist nicht nur eine Quelle der Freude für jedermann, sondern vor allem ein Jugendbuch ersterer Ranges, dessen rezeptive Form ihm einen großen und begeisterten Leserkreis verschaffen wird.

Das Leben, eine Monatschrift. Reizvoller Verlagsdruckerei Petten. — Das Geheimnis der Freierhaltung, wie die indische Petten es lehrt und die moderne Wissenschaft es chemisch und physikalisch darzulegen bestritt ist das ungelöste Problem des brennenden Kobs, daß ein ausdauernder Kulturheber und ein eher Wohlthäter in der schwerlichen Hülle ein und desselben Menschen vereint sein können, behandelt der Amerikaner Cleveland Moffet in einer überaus spannenden und lebendigen Erzählung „Die geheimnisvolle Partie“ in der letzten erschienenen Nummer 5 der Monatschrift „Das Leben“. Das mit reizend illustrierten, kurzen und knappen Absätzen erfüllte, 100 Seiten starke Heft wird jeder Geheimnis- und Abenteuer-Leser „Das Leben“ in die beste Unterhaltung an langen Abenden, auf welchen Eisenbahnfahrten; spannend und gefandvoll.

Geldhehlerei. Ein offenes Fenster wies dieser Tage einem Dieb den Weg in ein Schlafzimmer im Hause Schmeißelstraße 151. Die Beute bestand aus 23 Millionen, bestehend aus 2 Jahrbüchern und zweihundertmilliardefranken, die auf dem Bettfluch lagen. Der Fall zeigt wieder, daß beim Öffnen der Fenster der Portiermeister Vorkehrungen treffen muß.

Veranstaltungen

Theaternachricht. Kommenden Samstag, den 1. Dezember, geht Georg Friedrich Händels „Julius Caesar“ in Szene. In dieser ersten Aufführung einer Oper des Mannheimer Hoftheaters hat Richard Bert die musikalische Leitung übernommen. Die Bühnenbilder hat Heinz Gries entworfen. Die Theatervorstellung Josef Burgwinkel, die Paria der Kleopatra Irene Eden als Gast.

Rus dem Lande

Arbeitslosenmärkte in Baden

Heidelberg, 26. Nov. Die Arbeitslosen durchsetzen Samstag nachmittags zwangsmäßig die Stadt und schickten Abordnungen in die Lebensmittelgeschäfte, die dort um Gratisverabfolgung von Waren erluden sollten. Zahlreiche Bäder, Kneipen, Kolanisorenhandlungen usw. gaben unter dem Druck der Menge Waren umsonst ab, die dann entweder nach im Laden oder auf der Straße verteilt wurden. Veränderungen sind nicht vorgekommen. Käufer Mehrern und Bäckern sind auch einzelne Geschäfte gesperrt worden, darunter ein Fleischer, der eine Anzahl von Erwerbslosen gratis kalorien machte. Die Polizei hat eine größere Anzahl von Personen wegen Betrug an Lebensmittel und im Umkreisamt eingekerkert. Gegen 5 Uhr wurde die Sicherheitspolizei eingesetzt, die mit mehreren Kraftwagen die Straßen durchfuhr, vor der Mauer der Brüder in der Mittelstadt, deren verschlossene Tür von einem erkrankten Menschenbaken besetzt war. Luft machte und die Ordnung überall rasch wieder herstellte. Insofern um 6 Uhr die Straßen wieder ihre normale Aussehen hatten.

Von der Bergstraße, 24. Nov. Ein bekannter Gast ist in der Gegend wieder gelöst eingetroffen. Es ist die Dampf- oder elektrische Drehschneidmaschine, die in dieser Zeit jeweils den Herbst durch anweilt. Ihre Pfeifen, Surren und Brummen, das bald da, bald dort aus einem Wechelt bringt, hört den Nachbar wenig, weil es gewohnt und vorübergehend ist. Es erwartet ein beruhigendes Gefühl, zeigt es doch auch an, daß jetzt die schweren Außenarbeiten der Landwirtschaft trotz vieler weiterer Hindernisse so weit befristet sind, um sich nunmehr in Haus und Hof zu beschäftigen. Zudem bringt der Spätdruck auch noch ein recht schmerzhaftes Quantum Weizen auf den Markt, was für die immerwährende Ernährung unserer Vögel doch auch nützlich ist. — Neuer Tabak wurde in dieser Woche per Zentner zu 90 Goldmark abgegeben. Die Preise setzten in letzten Tagen 18 Pfg. per Liter, der höchste frühere bezahlt Preis. Das Fleisch kostet per Pfund 1,50—2 M., Weizen 35—40 M. per Doppelzentner. Letzterer Artikel kostet fast doppelt so viel wie vor dem Kriege.

Wörthheim, 24. Nov. Hier treibt ein Konradshaidler sein Unwesen. Er hat an einem der letzten Abende einen 11jährigen Mädchen die Haare abgemittelt. — Bei der Wäckerpolizei wurde der Inhaber einer schändlichen Kaffeehandlung wegen Betrugs angezeigt, weil auf den Fadenrollen die Länge des Fadens mit 200 Meter angedeutet war, obwohl sie tatsächlich nur 150—160 Meter betrug.

Wörthheim, 24. Nov. Der 21jährige Weh. Biervertriebsbändler Emil Maibauer hat sich, während er mit einer Bißkiste hantiert, von der er annahm, sie sei vollständig entladen, erschossen.

Neulohr, 26. Nov. Wie im gestrigen Ritzungsblatt gemeldet, sind die Landwirtschaftlichen Wilhelm Köpfer in Sola bei Neulohr, am 23. November d. J., von dem 21jährigen Sohn des hiesigen Hofbesizers Karl Friedrich Hundertpfund ermordet und ihre Leichen in Brandwerk verwickelt worden. Bei den Geleuten, die seit 2. November vernichtet wurden, war vor einem Teil ein angeblicher Verwandter, der sich Hundertpfund nannte, erschienen, der mit seiner angeblichen Frau und zwei Kindern verkehrte. Nachdem man seit mehreren Wochen über den Verbleib der Geleuten Köpfer (genannt Hochstrichköpfer) nichts zu hören und zu erfahren war, ließ die Staatsanwaltschaft eine genaue Durchsuchung des gesamten Umkreises und seiner Umgebungen vornehmen und auch das Wasser eines bei dem Hause befindlichen Weibers abtasten. Da land man nun die Leichen der beiden in den fünfziger Jahren lebenden Geleuten und die Leiche ihres Hundes. Die Geleuten Köpfer, die kinderlos und in guten Verhältnissen lebten, sind wohl der Raub der fremden Menschen zum Opfer gefallen. Hundertpfund ist nach Aufhebung der Verdacht verstorben. Er reist vornehmlich mit Papieren auf den Namen Erdle aus Gumburg (Baden). Der Mörder ist ungefähr 1,60 m groß und trägt mäßigere Weite die Kleider des ermordeten Köpfer, die ihm zu groß und zu weit sein dürften.

Konstanz, 26. Nov. Im Gerrenfeldbergsgäßchen Spiegel u. Wolf in der Hofgartenstraße gibt gestern ein Bauer, der offenbar noch mit dem Gerrenfeldberg Bergbau verbunden ist, ein Geschloß walte, anstatt durch die Tür durch eines der Schloßfenster auf die Straße. Dem Hartschädel machte der Kupplert kein garnichts, die Scheibe aber ging in tausend Trümmer. Ein Glück noch, daß das Anfließ ausgerechnet zwei Tage vor Ablauf der Verjährung geschah.

Selbst die Nationaltheater entbehrte in ihrer Aktion der ständmännlichen Linie; Idee und Gedanke verkommen nicht zur Einheit. Die Christenheit war die best darstellte, weil ihre Worte von tiefen Weisheitsträumen waren. Auch die Kreuze über die Feinde der Dreifaltigkeit in uns keinen Eindruck hervor, weil aus der Stimme der Bartranden nicht Jubel wie in einer Feuerprobe hervorbrach. James Bellartio moß wiedererkennen, was mit ihren Liedern erreicht; aber keine Elektra vorlesen. Das liegt ihr nicht, und es beliebt kein Bedürfnis, dieses Stück vorzutragen. Der Theaterkulturverband sollte heute, wo auf allen Gebieten Zusammenarbeit verlangt wird, den Spielplan des Theaters besser ergänzen und Revetes vorbereiten helfen.

Der Senior der Deutschen Südbrauklens. D. Dr. Wilhelm Kater und zu Sao Paulo im State Rio Grande do Sul, beansprucht eines vorübergehenden Vorkühlers im Heimatlande seinen a. h. i. k. n. Beherrschung zu Schenkel am 23. November. Katermund, dem die Universität Göttingen in Reformationsjahr 1917 die Würde eines Ehrendoktors der Theologie verlieh, ist über den einen Bezirk von Braconis, das er 43 Jahre lang beherrschte, in Südbrauklens heute der bekannteste und erfolgreichste Vertreter aller Arbeit für die Erhaltung des Deutschtums und der deutschen Sprache und Sitte auf brasilianischer Erde. Er hat den deutschen Schulen die Arbeit ermöglicht durch die Herausgabe von Lehrbüchern. Er ist der Herausgeber deutscher Zeitungen und Zeitschriften, des weitverbreiteten deutschen Kalenders und seine „Deutsche Volk“ ist die gelebte und bewusste deutsche Zeitung Südbrauklens, die heute im 41. Jahrgang erscheint.

Austländerstudium an deutschen Hochschulen. Ueber die Verteilung des Ausländerstroms teilen die „Stat. Nachrichten“ (Leipzig) folgende mit: Verhältnismäßigkeit zeigt die Zahl von Medizinern und Zahnärzten (über 20 Prozent), Landwirten (15 Prozent) und in allen Fächern, die an den technischen Hochschulen gelehrt werden, ebenso wie an den Handels-Hochschulen. Germaer ist die Zahl bei den Volkswirten und Geistes- und Naturwissenschaftlern der philologischen Fakultät; unerbittlich ist sie bei den Juristen (5 Prozent). Was die Verteilung der Ausländer auf die einzelnen Hochschulen anbelangt, so ist ihr Anteil am größten (über 15 Prozent) an den Universitäten Berlin, Bonn und Wien; den technischen Hochschulen Tarnia, Berlin, Dresden, Tarnstadt, Braunschweig, den Handelshochschulen Leipzig, Bonn, Köln, an allen herkömmlichen Hochschulen der landwirtschaftlichen Hochschulen Berlin, der forstlichen Hochschulen Flensburg der Bergbauwissenschaften Freiberg, Werra, Aachen — unter 5 Prozent — haben nur die Universitäten Erlangen, Münster, Breslau, Hamburg, Köln, die Handelshochschule Marburg, die landwirtschaftlichen Hochschulen Hohenheim, die forstliche Hochschule Hannover, die Bergbauwissenschaften Clausthal. Ein Vergleich mit dem Wintersemester 1922/23 zeigt erkennen, daß eine Verringerung nicht eintritt ist.



UNSER WEIHNACHTS-ANZEIGER

erscheint auch dieses Jahr und zwar am 1., 8., 15., 19. und 22. Dezember

Wir richten deshalb an die hiesige Gesellschaft die höfliche Bitte, uns ihre Anzeigen-Bestellungen zukommen zu lassen. Auf telephonischen Anruf steht unser Vertreter sofort zu Diensten. S. 308

Mannheimer General-Anzeiger

Geschäftsstelle E. G. 2 — Telephon 7941-7945

Gerichtszeitung

Die Ermordung des Staatsanwalts Haas-Frankfurt

Frankfurt a. M., 26. Nov. Nach den Verteidigern der Angeklagten nahm Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kubold das Wort zur Replik. Für die gemeinschaftliche Tat des Töschings gelte...

Die volk-wirtschaftliche Bedeutung des Autobetriebs mit Schwerölen

Man schreibt uns: Die während des Krieges in Automotoren verwandten Ersatzbetriebsstoffe haben bei den Kraftfahrern kein gutes Andenken hinterlassen. Man war sich darüber klar, daß andere Betriebsstoffe als Benzin und Benzol nur ein Nothbehelf sein konnten...

Farben werden russische und ausländische Halbfabrikate verwendet. Für diejenigen Farben und Halbfabrikate, die in Rußland selbst produziert werden können, besteht ein Einfuhrverbot.

Rückgang im Bierabsatz der norddeutschen Brauereien. Der Bierabsatz ist in der letzten Woche lt. B. Z. am Mittag bedeutend zurückgegangen, nachdem am 18. 11. der Preis im Großverkehr von 29 auf 35 Goldmark heraufgesetzt worden war.

Krauß Lokomotiven. In der an G.-V. der Lokomotivfabrik Krauß u. Co. in München wurde Kapitalerhöhung um 20 auf 120 Mill. M unter Ausschluss des gesetzlichen Bezugsrechts beantragt. Die neuen Aktien, die dem Bankhause G. H. Kretschmar in Berlin zu noch festzusetzenden Bedingungen überlassen werden sollen, sind zur Beschaffung eines Valutakredits auf 9 Monate bis zum 1. September 1924 bestimmt.

Ein nordischer Großhandelskongress. Im Dezember wird auf Einladung von Schwedens Grossistenverband ein Nordischer Großhandelskongress in Stockholm abgehalten werden.

Börsenberichte

Mannheimer Wertpapierbörse

Mannheim, 26. Novbr. Die Börse nahm einen ziemlich lebhaften Verlauf. Anilin stellten sich (in Milliarden Prozent) auf 41 000 G. (nachbörstlich wurden diese Aktien zu 44 000 in größeren Beträgen gehandelt). Von chemischen Werten blieben noch Rheinania zu 28 000 und Westeregeln zu 45 000 begehrt.

Devisenmarkt

Table with exchange rates for New York, London, and other locations. Columns include location, date, and rates.

Waren und Märkte

Freiburger Weinbörse. Freiburg i. B., 24. Novbr. Auf der Weinbörse waren bei gutem Besuche große Mengen alte und neue Weine angeboten, auch ein kleiner Posten Kirachwasser.

Metalle. (Wochenbericht der Deutschen Metallhandlung A.-G.) Berlin-Oberschöneweide, 23. Nov. In der abgelaufenen Berichtswoche haben sich die ungünstigen Verhältnisse am deutschen Metallmarkt durchaus nicht gebessert. Das Geschäft ist infolgedessen zu einem fast völligen Stillstand gekommen.

Table with market data for London, 25. Novbr. Columns include location, date, and various market indicators.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat November

Table with water level observations for various rivers in November. Columns include river name, date, and water level.

General-Anzeiger, Druck und Verlag: Friedrich E. Doss, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim 2 & 3. Druckerei: Hermann Doss - Verlagsdruckerei Fritz Röhler.

Sportliche Rundschau

Fußball

Mannheimer Fußballklub Rhön - Verein für Rasenspiele Mannheim 0:1 (0:0) Eden 1:0

Die erneute Begegnung der alten Gegner im Verbandsspiel brachte einen äußerst hartnäckigen und erbitterten Kampf um den Sieg. Es wurde mit seltener Energie und Beharrlichkeit um das Tor gekämpft.

Nach Wiederantritt wurde der Kampf immer hitziger und heftiger. Die Partie lief mit allen Mitteln einen Vorsprung herauszugeben. So wird das Spiel härter und härter und der Schiedsrichter nimmt Verantwortung, die Spieler zusammenzurufen und zu ermahnen.

Hockey

TuSverein Mannheim 1846 i. Mannschaft - TuSgemeinde Heidelberg i. M. 5:2

Das Spiel fand in Heidelberg statt. Der gestroete Eisboden machte eine Ballberechnung sowie ein sicheres Sieben unmöglich. Im übrigen drückt das Resultat die Überlegenheit der Mannheimer aus.

Neues aus aller Welt

Schiffbau. Der ehemalige Justizprofessor Dr. Goeffel sollte wegen fortgesetzter Diebstähle von mehreren hundert Büchern, die er in der Hauptsache der Leipziger Universität entwendete, vor dem Leipziger Gericht zur Verantwortung gezogen werden.

Aufhebung einer alten Drosselbörse. Die alte Drosselbörse am Hauptbahnhof Offen wurde vor einigen Tagen plötzlich aufgehoben. Blau und Kriminalpolizei hatten sich den ganzen in Frage kommenden Platz gründlich abgesehen.

Fassung der Gesetze und Verordnungen

Der Deutsche Industrie- und Handelstag, die Gesamtvertretung der Industrie- und Handelskammern, hat kürzlich in einer Eingabe an die hauptsächlich in Betracht kommenden Ministerien auf die Beschwerden aus Industrie und Handel über die Art und Weise hingewiesen, in der neuerdings die Gesetze und Verordnungen abgefaßt und veröffentlicht werden.

Konservenfabrik Braun. Von der Rheinischen Creditbank und der Süddeutschen Discontogesellschaft A.-G., Mannheim, ist beantragt nom. 51.800.000 M vollgezahlt, auf den Inhaber lautende Stammaktien und zwar 51.800 Stück zu je 1000 M Nr. 41.201-93.000 der Konservenfabrik Joh. Braun A.-G. in Pfeddersheim zum Handel und zur Notierung an der Mannheimer Börse zuzulassen.

Lothringers Portland-Zementwerke in Karlsruhe. Die Verhandlungen, die von den Lothringers Portland-Zementwerken in Karlsruhe wegen Erwerb eines Erzvorkommens in Friedrichsroda geführt wurden, haben sich, wie die Fakt. Ztg. hört, zerschlagen. Die Gesellschaft besteht also zunächst weiter ohne ein eigenes Arbeitsfeld.

Löwenbrauerei Louis Sinner A.-G., Freiburg i. Br. Das Unternehmen erzielte im abgelaufenen Jahr nach 0,12 (0,07) Mill. Abschreibungen einen Reingewinn von 5,23 (1,26) Mill. der in voller Höhe vorgetragen wird (i. V. 15 Prozent Dividende).

Vgt. Süddeutsche Margarine- und Fettwerke A.-G. in Durlach. Die an G.-V. genehmigte den Kapitalerhöhungsvorschlag um 30 auf 90 Mill. M. Ausgegeben werden 28 Mill. M Stamm- und 2 Mill. M Vorzugsaktien, die sämtlich für das laufende Geschäftsjahr gewinnberechtig sind.

Aus der chemischen Großindustrie. Wie aus Köln berichtet wird, hat die Interessengemeinschaft der chemischen Großindustrie, die in Gold festgesetzten Anilinfarbenpreise für das Inland soeben weiter erheblich hinaufgesetzt.

Aus Moskau, 22. Novbr., meldet Ost-Express: Die ehemaligen deutschen Farbenfabriken in Moskau, wie z. B. Farbwerke bei Höchst a. M., Bayer, Bad. Anilin- und Sodafabrik, die von der Sowjetregierung nationalisiert wurden, gehören jetzt zum Anilintrust. Dieser Trust umfaßt gleichfalls die für die Farbenproduktion umgestaltete Bierbrauerei 'Treichornaja' in Moskau.

